

offensiv links

herausgegeben von der bewegung für sozialismus



Nr.66/Februar 1982
Jahrgang 8
öS 20.-/DM 3.-
SFR 3.-

Dokumente zu Polen

Zu diesem Heft

Die Errichtung eines Militärregimes in Polen hat in der gesamten Linken zu Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten geführt. Mit der Veröffentlichung inhaltlicher Einschätzungen - vor allem der zwei großen eurokommunistischen Parteien Westeuropas- wollen wir zur Vertiefung der Diskussion um einen "Dritten Weg" zum Sozialismus beitragen.

Wir haben Zeitungsausschnitte aus dem "Vorwärts" (der Wochenzeitschrift der Schweizer Partei der Arbeit) und aus der TAZ direkt entnommen. Wir ersuchen daher unsere Leser/innen eventuelle grafische Mängel zu entschuldigen.

Die Redaktion

Inhalt

- 2 Editorial
- 3 Polen
- 5 Griechenland (Resolution)
- 7 Italien
- 13 Spanien
- 17 Solidarität mit Solidarnosc
Erklärung des Sozialistischen Büros
- 18 Schweiz
- 19 CSSR
- 24 Lateinamerika
- 26 Afrika

Impressum

Offenlegung gemäß Mediengesetz

offensiv, weil Verhältnisse,
die drücken,
sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir
Widersprüche aufdecken. Erfahrungen ins
Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern.

offensiv links – solidarisch mit allen
Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung,
solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien
Medieninhaber (Verleger),

Hersteller und Herausgeber: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den

Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Hans Margulies

Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10. ● Redaktion und Vertrieb:

1040 Wien, Belvederegasse 10, Tel.: 65 19 52. Einzelpreis: S 20,- Abonne-

ment: S 80,- (jährlich). o Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien,

Gemeinsames Abonnement OFFENSIV LINKS + AKIN (aktuelle information): S 200,- (jährlich)

POLEN —

das letzte Gefecht für das Menschenrecht

Wie schrieb es doch die „Prawda“ wenige Tage nach dem Militärputsch in Polen am 13. Dezember 1981? Die polnische Bevölkerung habe das energische Durchgreifen des polnischen Militärs gegen Chaos und Anarchie mit einem „Seufzer der Erleichterung“ zur Kenntnis genommen.

Dies traf zwar nicht auf die tatsächliche Haltung der polnischen Bevölkerung zu — das mußten auch die offiziellen Sprecher des mit Krieg gegen das Volk herrschenden Militärs bald offen zugeben. Aber genau dies war haarscharf die Reaktion von Schmidt und Honecker, der Dresdner Bank und des Wall Street Journal, der KPÖ und auch von so manchen prominenten Linken in der Sozialdemokratie. Selbst der eine oder andere „kritische“ Christ deckte eifrig die Hintergründe der Verschwörung des Vatikans gegen alle fortschrittlichen und emanzipatorischen Tendenzen und Erregenschaften in der Welt auf. Viele, die sonst unbeirrt auf das Recht der Völker auf Befreiung, auf Menschenrecht und Revolution pochten, sind über Nacht in der Frage Polen Realpolitiker.

Auf der anderen Seite der Barrikade standen wir — ob wir es wollten oder nicht — ebenfalls in einer recht gemischten Gesellschaft da. Auf der Wiener Demonstration, zu der spontan aufgerufen wurde, und die immerhin schon 24 Stunden nach dem polnischen Coup

mit 3.000 Teilnehmern auf die Straße ging, da gingen auch die JES, der Busek und die Schmitz mit. Freilich können wir auf bessere Verbündete hinweisen: am schärfsten verurteilten die westeuropäischen Kommunisten in Italien und Spanien die Vorgänge in Polen nach dem 13. Dezember, jedenfalls was den Inhalt ihrer Ausführungen betrifft. For-

mal wurden sie von linker Seite nur durch die unverblühte Sprache der französischen Sozialisten übertroffen.

(Sie halten sich immerhin vier kommunistische Minister im Kabinett und liefern Waffen an Nicaragua. Ihr Sprachrohr Le Nouvel Observateur scheute sich — vielleicht deshalb — nicht, auf der Titelseite ein farbiges Geburtstagsfoto Breschnews inmitten der versammelten Ostblockprominenz unter der Aufschrift zu bringen: Les assassins de la Pologne — Die Mörder Polens.)

Natürlich wurde diesen kommunistischen Renegaten und antikommunistischen Hysterikern von sowjetischer Seite — mit allen Begleitformeln einer zünftigen kirchlichen Exkommunikation — der Vorwurf gemacht, mit F. J. Strauß, Margret Thatcher und Ronald Reagan an einem und demselben Strang zu ziehen. Zwecks Exekution der Weltrevolution und ihrer führenden Kraft der SU.

Dies zeigt nur — jenseits aller Polemik —, daß es für uns Linke noch schwerer geworden ist als es bisher schon war, in allen wichtigen Fragen eine lupenreine originär-marxistische Haltung einzunehmen, mit der wir unsere Kritik in solchen Fällen unverwechselbar artikulieren können. Unverwechselbar mit jener Kritik, deren Motive alles andere als ehrlich sind, und die von einer Seite



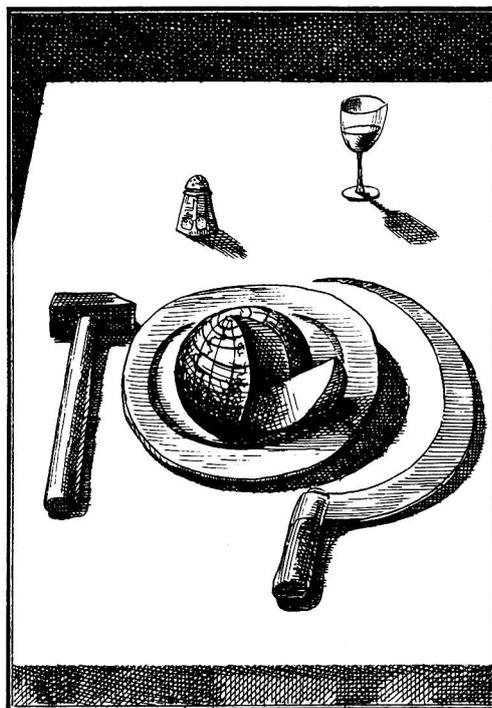
kommt, die alles andere als glaubwürdig ist. Dies ist zwar nicht ganz neu für uns, aber immer noch ziemlich unangenehm. Daß dies aber als Vorwand und als Alibi dafür dient, daß Linke, Sozialisten und fortschrittliche Christen schweigen oder halbherzige Erklärungen abgeben und zu Ausflüchten Zuflucht nehmen, führt nur dazu, daß sie an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie die Untaten an ihren Glaubens- und Klassenbrüdern geißeln, sei es in El Salvador, sei es in Südafrika oder in der Türkei. (Es soll hier auch in Kürze erläutert werden, worin für uns Linke der wesentliche Unterschied besteht.)

Die türkischen Generäle behaupten von sich nicht, Kommunisten zu sein und es gibt auch keinen anständigen Menschen in Österreich – der die Militärdiktatur in der Türkei zu rechtfertigen oder zu verteidigen suchte. Schließlich: die Türkei stand nicht seit 1947 im Zeichen einer angeblichen sozialistischen Entwicklung, sondern wird vielleicht eines baldigen Tages mit Hilfe unserer Solidarität eine solche Entwicklung – hoffentlich anders als in Polen – einschlagen können.

Haben wir damals in der Solidaritätsbewegung mit Vietnam schlicht nur dieses Kriterium bei der Beurteilung von Personen, Gruppen, Institutionen und Regierungen gelten lassen: wie stehst du zur amerikanischen Aggression in Vietnam, was sagst du zum Völkermord, dann gingen wir eben nicht von der Erwartung aus, daß Einsicht in die wahren Vorgänge im fernen Südostasien eine Sache des linken oder revolutionären Verstandes sei. Damals war Vietnam der Prüfstein für Moral, Anstand, Humanität, demokratische Gesinnung und elementarste Bündnisfähigkeit. Jetzt wird von uns Linken und Sozialisten in der Frage der Solidarität mit Polen ja nicht einmal verlangt, mit Leuten und Gruppierungen (mit Lingsens' „profil“ oder mit Buseks Solidarnosc-Aktivität) Bündnisse für Polen zu schließen. So ist für uns Linke und Sozialisten aller Schattierungen die Frage der Solidarität mit Solidarnosc und den von ihr repräsentierten polnischen Massen zum Scheidewasser geworden. Hier scheiden sich nicht nur bisher verwandte Geister und miteinander verträgliche Gemüter. Hier scheiden sich politische Welten und komplette philosophische Systeme. Hier trennen sich Wege und Gefährten, deren Ursprung und Ziel bei allen Differenzen gemeinsame Züge trug. Wenn das Festhalten am „realen Sozialismus“ den Verrat der elementarsten Menschenrechte, den Verrat der Großen Französischen Revolution und des Roten Oktobers 1917 bedeutet, dann müssen wir eben wählen!

Daher nehmen in dieser Dokumentation die Stellungnahmen des PCI und der PCE und der griechischen KP (Puland) einen so prominenten Platz ein. Der Bruch, der wegen Polen zwischen den italienischen und den spanischen Eurokommunisten auf der einen und der KPdSU auf der anderen Seiten, ist eines der historisch wichtigsten Resultate des brutal unterbrochenen Demokratisierungs- und Erneuerungsprozesses seit dem August 1980 in Polen.

Andere Brüche zeichnen sich ab und hängen mit diesem unmittelbar zusammen. Die „heimatlose“ Linke, die seit dem Scheitern der 68er Bewegung zwischen den traditionellen Parteien der Arbeiterbewegung herumgestanden war; die grüne und die Alternativbewegung, die neben der Arbeiterbewegung eigene Wege ging; die neue Friedensbewegung werden vor neue Fragen und mögliche Antworten für ihre politische Zukunft gestellt.



Die polnische Krise ist keine Ausnahmereignis unter den Ländern des „real existierenden Sozialismus“. Der polnische Ausnahmezustand ist nur das bisher offenste Einbekenntnis des totalen Bankrotts dieses Systems, das auch in der CSSR, in Rumänien und in der SU selbst einen beschleunigten Prozeß des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Niedergangs und Verfalls durchmacht. Und die noch äußerlich einigermaßen funktionierenden Bruderländer DDR, Ungarn und Bulgarien drohen – mitgefangen, mitgegangen – in den Strudel hineingerissen zu werden. Diese Generalkrise des sogenannten sozialistischen Lagers – das Wort ist heute in

Polen auf einmalige Weise versinnbildlicht worden als ein riesiges Arbeits- und Internierungslager – spitzt sich aber in einer Zeit zu, da auch der Kapitalismus moderner Prägung seine tiefste ökonomische Krise seit 1945 mitmacht. Und das alles in einer Weltlage, die seit dem Ende des Kalten Krieges noch nie so angespannt war und von den Zeichen einer zunehmenden Konfrontationspolitik beider Blöcke gebrandmarkt ist.

Auch hier muß freilich kurz an drei Ereignisse erinnert werden, die innerhalb der linken und der Arbeiterbewegung im Westen gleichfalls nur von den Eurokommunisten in ihrer Tragweite *kontinuierlich* begriffen, analysiert und kritisiert wurde. Ende 1978 die bewaffnete vietnamesische Intervention in Kampuchea als Auftakt zum seither andauernden 3. Indochina-Krieg. Der Einmarsch sowjetischer Truppen Ende 1979 in Afghanistan, wo die SU seit 1945 das erste Mal in einen blutigen Dauerkonflikt außerhalb ihrer eigenen Grenzen verwickelt ist. Und der Militärputsch in Polen Ende 1981, dessen Ausgang noch völlig ungewiß, dessen Folgen aber für die polnische Nation wie für das gesamte Europa unausdenkbar sind.

Die ersten zwei dieser drei zentralen Ereignisse betreffen unmittelbar die 3. Welt. Das dritte rückt eine explosive Situation mitten ins Herz der politisch empfindlichsten und militärisch explosivsten Regionen der Welt.

Hier schließt sich auch der Kreis und rundet den Vorschlag der Eurokommunisten ab (an die Arbeiterbewegung, die Linke und die Alternativbewegung in Westeuropa, an die Befreiungsbewegungen und die Blockfreien in der 3. Welt), zwischen den Blöcken und zwischen den bisherigen zwei Hauptströmungen der sozialistischen und der Arbeiterbewegung, dem Kommunismus marxistisch-leninistischer Prägung und der Sozialdemokratie, zwischen Moskau und Washington, zwischen Peking und Havana einen neuen gemeinsamen Weg zu beschreiten.

Die Beiträge von Milan Simecka (den wir der LISTY, der Zeitung der sozialistischen Opposition entnehmen), Leo Gabriel und Bettina Decke (alle aus der taz) sind die entsprechenden Ergänzungen zu den Dokumenten des Eurokommunismus zu Polen.

Aus Polen können wir Lehren ziehen, die alle Verbitterung, alle Fehden und alle Polemik innerhalb der Linken vergessen lassen und aus der eigenen tiefen Krise einen gemeinsam gangbaren Ausweg zeigen könnten. Sonst ist nicht nur Polen, sonst sind wir alle verloren.

Anfang Februar 1982

GRIECHENLAND

In der griechischen politischen Palette gibt es seit 1968 zwei kommunistische Parteien, die bis 1974 in Griechenland operierende KKE (esoterikou) und die, auch bis 1974 im Ausland existierende Sektion KKE (exoterikou).

Letztere hat an politischem Gewicht gewonnen durch die direkte Einmischung der kommunistischen Partei der Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten der früheren „einzigen“ Kommunistischen Partei Griechenlands, als sich die eurokommunistischen Tendenzen in der Führung dieser Partei eindeutig durchzusetzen begannen.

Die KKE (exoterikou) heißt heute KKE und behauptet die einzige legitime Vertretung der griechischen Arbeiterbewegung zu sein. Diese kühne Behauptung geht Hand in Hand mit der Tatsache, daß diese Partei als moskautreue zu bezeichnen ist.

Unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität gelang es der moskautreuen Minderheit im Ausland einen Prozeß der

„Säuberung“ der in Griechenland tätigen Führung von . . . „revisionistischen“ „Elementen“ in Gang zu setzen. Sie haben dabei mit jeglicher Unterstützung der KPdSU die mittleren Kader der Partei für sich gewonnen und konnten nach dem Sturz der Diktatur 10 % der Stimmen der griechischen Wählerschaft erringen, während der eurokommunistische Flügel mit ca. 2,7 % abschnitt. Nach wie vor verweigert der moskautreue Flügel jede Diskussion mit den Eurokommunisten.

Man darf sich also nicht wundern, wenn es nach den Ereignissen in Polen zwei „kommunistische“ Stellungnahmen in Griechenland gibt.

Während die moskautreue Sektion von einer Gefährdung des Weltfriedens, des Sozialismus in und außerhalb Polens durch die reaktionären Elemente der „Solidarität“ spricht und die heutige Diktatur in Polen als einzig mögliche Lösung der Krise verherrlicht, hat die eurokommunistische KKE (esoterikou) folgende Resolution beschlossen:

Resolution vom 18. 12. 1981

1. Von Seiten der undogmatischen griechischen Kommunisten wollen wir unsere entschiedene Ablehnung der Vorgangsweise der polnischen Machthaber zum Ausdruck bringen.

Wir finden, daß die Ausrufung des Kriegsrechtes, das Verbot jeglicher gewerkschaftlicher Tätigkeit, die Massenverhaftungen und die Kriminalisierung der Arbeiter, die in der Solidarität organisiert sind, insbesondere der Kommunisten, die sich für eine radikale Erneuerung der polnischen Gesellschaft einsetzen, einen entscheidenden Rückschlag im Prozeß der Demokratisierung im Sinne eines sozialistischen Polens mit Demokratie und Freiheit darstellen.

Als Kommunisten, als Kämpfer für die Demokratie und den Frieden verurteilen wir schärfstens alle diese Vorgänge und verlangen: Die sofortige Freilassung der Gefangenen, die volle Wiederherstellung der Demokratie und der gewerkschaftlichen Freiheit in Polen, die Aufhebung des Kriegsrechtes und den Abmarsch des Militärs in die Kasernen. Weiters verlangen wir: Der Versuch, die Krise in Polen politisch zu lösen, und zwar unter Ein-

beziehung aller gesellschaftlich relevanter Gruppen, muß fortgesetzt werden, und zwar ohne Einmischung der ausländischen Mächte, wobei alle diese Gruppen auch in den Entscheidungsprozeß gleichberechtigt einbezogen sein müssen. Insbesondere wollen wir unsere unbedingte Solidarität mit allen Kräften ausdrücken, die innerhalb der kommunistischen Partei und der Solidarność für einen „Sozialismus mit Demokratie und Freiheit“ kämpfen.

Ereignisse in Polen erhöhen Kriegsgefahr

2. Die Ereignisse in Polen verstärken die Spannungen in Europa und der ganzen Welt, gerade in einer Zeit des Wettrüstens, in der der Weltfrieden vor allem durch die aggressive Politik der Regierung Reagan, aber auch durch die aufgezwungene „Realität“, „wenn nicht zu dem einen, dann zum anderen gehören zu müssen“, gefährdet ist.

Deshalb wird das griechische Volk mit allen Völkern der Welt nicht nur die Freiheit für das polnische Volk verlangen, sondern sich darüber hinaus unter

Beachtung der Prinzipien der Nichteinmischung in die nationalen Angelegenheiten der Völker, auch weiter für die Entspannung und den Weltfrieden einsetzen müssen.

Wir klagen schärfstens die Scheinheiligkeit des US-Imperialismus an, dessen Interessen nicht der Weltfrieden und die Unabhängigkeit der Völker sind, sondern die Aufrechterhaltung und Erweiterung seines Machtbereiches (z. B. organisieren im Moment die USA eine Scheinkrise auf Zypern, um die Bestrebungen in Griechenland, aus der NATO auszutreten, zu stoppen usw. . . .)

Die Rolle des „sowjetischen Modells“

Die polnischen Ereignisse müssen selbstverständlich in ihrem historischen Zusammenhang gesehen werden, und das nicht nur von den griechischen Kommunisten, sondern auch vom ganzen arbeitenden Volk unseres Landes. Das heutige politische System in Polen – und auch in den anderen Ländern des „realen Sozialismus“ – ist unter spezifi-

schen Umständen entstanden. Das existierende Mißtrauen der Polen gegenüber der Sowjetunion wurde nach dem 2. Weltkrieg nicht nur nicht abgebaut, sondern durch die sowjetische Außenpolitik laufend verstärkt. Die Arbeiteraufstände in Polen 1956, 1970 und 1976 haben zu keiner wirklichen Veränderung der politischen Strukturen geführt. Vielmehr haben die Erfahrungen der Arbeiter in diesen Aufständen das Jahr 1980 notwendig gemacht. Die Bildung einer von Staat und Partei unabhängigen massiven Arbeiterbewegung, in der auch Parteimitglieder verankert waren und sind, war die historische Schlußfolgerung. Gleichzeitig hat die Bildung der „Solidarność“ ihre positiven Auswirkungen auch innerhalb der KP Polens gehabt. Es kam zu einer permanenten Wechselwirkung zwischen den drei großen Kräften in Polen: Partei—Staat, Gewerkschaften—Solidarność und Kirche, eine Auseinandersetzung, die eine große Chance für die Kommunisten und die Arbeiterklasse hätte sein können.

Es war die Chance, einen Weg zu einem Sozialismus mit Demokratie und Freiheit zu finden.

Dieser Weg wurde durch den „warnenden“ Druck der Sowjetunion gestoppt. Durch die Unterstützung der dogmatischen Elemente von Seiten der Sowjetunion in der KP und im Staat Polens war

es für die KP unmöglich, eine wirklich führende Rolle zu spielen.

Durch das Verhalten der KP wuchs das gerechtfertigte Mißtrauen in den Reihen der Solidarność.

Das Verhalten der Partei erschwerte die Diskussion innerhalb der Solidarność außerordentlich, was Verwirrungen bezüglich der weiteren Strategie auslöste. Der Militärputsch vom 13. 12. war nichts anderes als ein vorläufiger Höhepunkt einer Politik, deren Ziel die Beendigung der Erneuerung und der Demokratisierung der polnischen Gesellschaft war.

Für einen neuen Weg

Die Vorgänge in Polen deuten — leider sehr dramatisch — an, daß es eine historische Notwendigkeit für die Kommunisten und Linken auf der ganzen Welt geworden ist, zwischen zwei Wegen zu unterscheiden: Sozialismus und Kommunismus haben mit Militärdiktaturen, Arbeiterverfolgungen und ihren Ausschluß von der Gestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens nichts zu tun.

Sozialismus und Kommunismus haben mit ausländischen militärischen Eingriffen zu Lasten der Autonomie und Selbstbestimmung der Völker nichts gemeinsam.

Sozialismus und Kommunismus identifizieren sich nicht mit Prozessen, die den Weltfrieden gefährden und die Pläne des Weltimperialismus, des größten Feindes der Menschheit, begünstigen.

Die KKE (esoterikou) kämpft seit Jahren für einen demokratischen Weg zum Sozialismus und für Freiheit, für einen Weg, der weder der des „realen Sozialismus“ noch der der Sozialdemokratie sein wird; weil die letzteren beiden — obwohl voneinander sehr verschieden — ein gemeinsames Merkmal haben: Das Nicht-in-Frage-Stellen des Staates und die Nichteinbeziehung der Arbeitenden an der aktiven Mitgestaltung der Gesellschaft.

Die volle Unterstützung des polnischen Militärputsches von Seiten der dogmatischen KKE (exoterikou) zeigt, wie groß die Differenz der Auffassungen dieser Partei von der gesamten europäischen Linken (Sozialisten und Kommunisten) ist.

Die Haltung diffamiert die kommunistischen Ideale in unserem Land und bietet der reaktionären Rechten wieder „Waffen“ gegen uns an, gerade dieser Rechten, die die polnische Tragödie verwendet, um ihre eigenen Untaten zu Gunsten des Kapitalismus und des Weltimperialismus zu verschleiern.

Wir rufen das griechische Volk zur Solidarität mit dem polnischen Volk auf!



ITALIEN

Resolution der Leitung der Kommunistischen Partei Italiens zur Situation in Polen

Erschienen unter dem Titel „*Aprire una nuova fase della lotta per il socialismo*“ (Für den Beginn einer neuen Phase im Kampf um Sozialismus) am 30. 12. 1981 in „*l'Unità*“

Das Sekretariat der KPI hat gestern, den 29. 12. 1981, im Auftrag der Parteileitung folgendes Dokument verabschiedet:

Verurteilung des Militärcoups in Polen

1. Wir Kommunisten bekräftigen hiemit zum wiederholten Male unsere ernsthafte Verurteilung des Militärcoups in Polen, der Inhaftierungen, des Einsetzens von Kriegsgerichten und der Verhinderung jeglicher Aktivität politischer, gewerkschaftlicher und sozialer Organisationen. Diese Maßnahmen – die mit unseren demokratischen und sozialistischen Idealen unvereinbar sind – sind für eine Lösung der tiefen Krise, in welcher sich die polnische Nation befindet, ungeeignet. Sie können auch damit nicht gerechtfertigt werden, daß eine Rettung der Herrschaft sozialistischer Prägung notwendig geworden sei, denn wenn man nicht mehr in der Lage ist, dem Protest der Arbeiterklasse und des Volkes mit politischen Mitteln zu begegnen, sondern auf Militärkräfte zurückgreift, stellt dies einen Schlag gegen die Anliegen des Sozialismus als solchen dar. Seit dem Ausbruch der polnischen Krise im Sommer 1980 zögerte die KPI niemals sich auf die Seite der demokratischen Erneuerungen im politischen und sozialen Leben jenes Landes zu stellen und unterstützte auf bestmögliche Art und Weise alle Anstrengungen und Versuche, die von seiten der PVAP in dieser Richtung unternommen wurden. Insbesondere haben wir die Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaft *Solidarność* positiv begrüßt, weil wir überzeugt sind, daß auch in einer sozialistischen Gesellschaft die Autonomie der Gewerkschaften notwendig ist. Sowohl in der Öffentlichkeit als auch auf anderen Wegen sprachen wir uns mehrere Male gegen ausländische Einmischung, Druckausübung und Interventionen aus.

Wir ließen keine Gelegenheit aus, um an die Verantwortlichkeit aller, auch die der Arbeiter und Gewerkschaften zu appellieren.

Wir unterstützten jeden Versuch einer Annäherung der führenden Kräfte in Polen, sowohl bezüglich der politischen Leitung des Landes als auch der Aktionen für demokratische Erneuerungen in dieser Gesellschaft, damit ihre nationale Unabhängigkeit und die sozialistischen Errungenschaften gewahrt blieben und der Fortschritt gesichert sei.

Mit dem Schlag am 13. Dezember wurde dieser Prozeß brutal abgebrochen. Wir glauben jedoch an die Notwendigkeit einer Weiterführung, trotz der Tiefe des herbeigeführten Bruches.

Die KPI bedauert die Blutopfer des tragischen Ereignisses, bekennt erneut ihre Solidarität mit dem polnischen Volk und bekräftigt ihre Forderung nach der unverzüglichen Wiedereinsetzung aller bürgerlichen und gewerkschaftlichen Freiheiten. Darüber hinaus fordert sie die Freilassung aller inhaftierten Staatsbürger, die Wiederaufnahme des Dialogs und des Verständigungsversuches zwischen den gesellschaftstragenden Komponenten Polens – Partei, Gewerkschaften, Kirche –, indem man ihnen ein freies Agieren ermöglicht. Nur in voller Unabhängigkeit und Autonomie, und ohne die Einmischung von außen, können die Polen selbst zu einer Lösung der Probleme ihres Landes kommen.

Eine friedliche Lösung der polnischen Krise zu fördern und zu garantieren, liegt im Interesse aller demokratischen, sozialistischen und kommunistischen Kräfte Westeuropas, sowie aller anderen fortschrittlichen Kräfte und im Interesse des Weltfriedens. Übertreibungen, Verdrehungen, die Androhung von Sanktionen gegen dieses oder jenes Land, oder noch schlechter: instrumentelle Überlegungen zu internen Zwecken dienen lediglich der Zurückdrehung der gesamten Geschichte Europas der letzten Jahre und der Wiederschaffung eines Klimas

des Kalten Krieges, sie dienen jedoch weder Polen und Europa noch der Welt. Darüber hinaus wäre es äußerst schwerwiegend, würden durch die Ereignisse in Polen, sowohl die Genfer Gespräche als auch jede andere Verhandlungsbereitschaft für eine Abrüstung gestoppt werden. Wie hart Kritik und Verurteilung auch immer sein mögen, sie müssen mit verantwortungsbewußten und weitsichtigen Maßnahmen einhergehen, damit das polnische Volk wieder unter freieren und demokratischeren Bedingungen leben kann, was nicht zuletzt von der Wiederaufnahme und Weiterführung des Entspannungsprozesses in Europa und der Welt abhängt.

Daher ist es nicht nur unverantwortlich, sondern vor allem zynisch, jene pflichtgemäße Hilfe zu verweigern, die die Not und Entbehrungen des polnischen Volkes erleichtern und die ausgepumpte Wirtschaft wieder ankurbeln könnte. Die KPI unterstützt daher voll, jetzt und in Zukunft, alle politischen und diplomatischen Initiativen und wird sich an allen Masseninitiativen zur Erreichung dieser Ziele beteiligen.

Demokratie und Sozialismus

2. Die KPI ist überzeugt, daß Demokratie und Sozialismus – Begriffe, die untrennbar miteinander verbunden sind – nur durch die volle Respektierung des Rechtes eines jeden Volkes, über das Schicksal seines Landes zu bestimmen, zum Ausdruck kommen können. Darüber hinaus konnten uns die dramatischen Ereignisse der letzten Tage nur noch mehr davon überzeugen, daß es auch im weltweiten Kampf für Demokratie und Sozialismus notwendig geworden ist, neue Wege zu finden und zu gehen. Dies trifft nicht nur auf die Bedingungen zu, unter denen die westeuropäische Linke zu arbeiten hat. Tatsache ist, daß die Länder Osteuropas nicht umkehrbaren Entwicklungen und immer wiederkehrenden dramatischen Krisen gegenüberstehen, wodurch die monolithische Machtkonzeption in Fra-

ge gestellt wird. Tatsache ist das Fehlen von Institutionen, die auf effiziente Weise die Anliegen der Gesellschaft vertreten, und Tatsache ist die starre Hierarchie, mit der die Beziehungen im Inneren der „sozialistischen Kreise“ festgelegt werden. Ebenfalls zur Debatte gestellt wird die Idee vom Sozialismus als Modell, und nicht als historischer Prozeß, der sich weltweit auf verschiedenste Art entwickeln kann. Es traten Widersprüche in Erscheinung zwischen einer Reihe von demokratischen und sozialistischen Faktoren, zwischen dem kulturellen Wachstum sowie neuen Ausdrucksformen, die in der Entwicklung von diesen Ländern selbst geschaffen wurden, und einem System, das eine reale Teilnahme, sei es am produktiven oder auch am politischen Leben, nicht zuläßt. In der Folge werden nicht nur Freiheiten und kreative Energien abgebaut, sondern darüber hinaus kommt die Dynamik in Wirtschaft, Technologie und Kultur langsam zum Stillstand, was zu einem sich ständig vertiefenden Konflikt zwischen reformatorischen Ansätzen und autoritativen Zwängen führt.

mehr zu lösen ist. Die Forderungen und Ansätze des Volkes sind vollkommen neu und manifestieren sich nicht nur in den kapitalistischen Ländern des Westens, sondern auch in den Ländern sozialistischer Prägung. Nicht ein sich Blindstellen und noch weniger ein absolut unhistorisches Abschwören von der Realität und ihrer Tragödien sind der wahre, beste und fortschrittlichste Weg zur Bekämpfung dieser Probleme. Er findet sich vielmehr in der Konzipierung des Kampfes um Sozialismus, um die Überwindung des Kapitalismus und alter Herrschaftsstrukturen als einen offenen Prozeß, in dem es einerseits zu Rückschlägen und Niedergängen kommen kann, der andererseits jedoch die Menschheit einen gewaltigen Schritt weiterbringen wird. Es wird notwendig sein, in diesen Prozeß mit Kritik, aber vor allem in direkter Aktion einzugreifen. Derzeit liegt das Vorantreiben der Entwicklung zum Sozialismus in den Händen der hochentwickelten kapitalistischen Staaten, besonders in Westeuropa, mit ihren Ideen und demokratischen

akute soziale und politische Krise, die das tiefste Innere der Gesellschaft erschüttert hat und noch immer erschüttert. Sie darf nicht irgendwelchen Manövern angelastet werden, auch wenn es dazu immer wieder Anlässe und Möglichkeiten gegeben hat. Da die Krise von weiter her kommt, kann sie nicht erklärt werden, ohne das politische Regime Polens, seine Rigidität und seinen Widerstand gegen jede wirkungsvolle Veränderung in den Mittelpunkt der kritischen Analyse zu rücken.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die als unmittelbarer Auslöser der Unzufriedenheit und Rebellion der polnischen Arbeiterklasse in Danzig und allen Fabriken des Landes anzusehen sind, führten an die Grenzen einer bestimmten Wirtschaftspolitik und einer Entwicklung, die dieser Gesellschaft, insbesondere am Beginn der siebziger Jahre, aufgezwungen wurde. Beide standen nicht im Einklang mit den realen Möglichkeiten. Dies rief vermehrt Störungen und Verschiebungen im Gleichgewicht hervor, da man die notwendig gewordenen Wirtschaftsreformen nicht durchgeführt hatte. Aber wie bereits erwähnt, handelt es sich bei dieser Krise nicht ausschließlich um Schwierigkeiten im wirtschaftlichen Bereich.

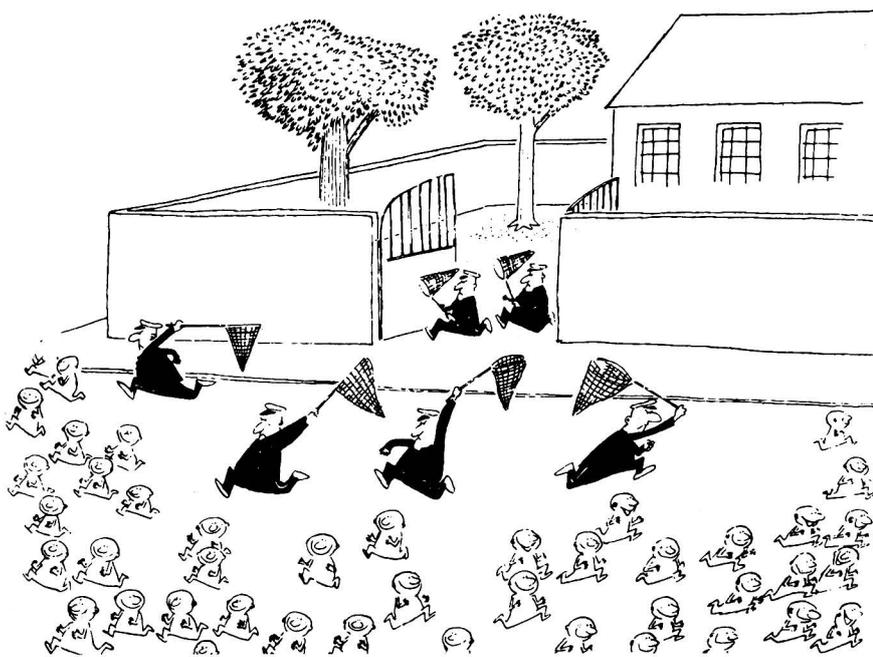
Die Unzufriedenheit und Rebellion richteten sich vor allem

- gegen das Nicht-Vorhandensein von demokratischem Leben im politischen System,
- gegen die Unfähigkeit der offiziellen Gewerkschaften bei der Verteidigung und Wahrnehmung alltäglicher Interessen der Arbeiter und auch
- gegen privilegierte Positionen und Korruptionserscheinungen im Parteibereich selbst.

Im August 1980 kam die Bedeutung des Mankos an repräsentativen Institutionen und Kommunikationskanälen schließlich klar zum Ausdruck, denn es fehlten Wege zur freien kritischen Meinungsbildung und Artikulation, die letztlich einen Umschwung in der Wirtschaftspolitik mit dem nötigen Konsens herbeiführen hätten können. In Wirklichkeit handelte es sich also um Umwälzungs- und Reformierungsprobleme im politischen System des Landes.

Mit dem Ziel eines solchen Umschwunges entstand schließlich die Solidarność und wuchs enorm an. Sie trat an die stelle der alten, in den Augen der Arbeiterklasse diskreditierten Gewerkschaften. So erfolgreich konnte die Solidarność werden, – sie war nicht zuletzt durch den Zusammenhalt von Millionen kommunistischer Arbeiter so stark –, weil sie das laute Eindringen der polnischen Arbeiterklasse in die politische Szenerie demonstrierte, mit dem sie effektive Interventionsmöglichkeiten in den Betrieben, in der Wirtschaft und im Staat forderte.

Zu den Umwälzungen führte auch die Tatsache, daß die katholische Kirche



Man muß daher zur Erkenntnis kommen, daß sich auf dieser Entwicklungsstufe des Sozialismus, die mit der Oktoberrevolution eingeleitet wurde, die vorantreibenden Kräfte erschöpft haben. Ebenso erschöpft haben sich die Entstehungs- und Entwicklungsphasen der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften im Umfeld der II. Internationale. Die Welt hat sich weitergedreht, sie hat sich verändert, auch dank dieses historischen Wandels. Nun ist es Zeit vorauszublicken, um diese Phase endgültig zu überwinden. Die Menschheit ist konfrontiert mit gigantischen, nie dagewesenen Problemen, es stellt sich sogar die Überlebensfrage, die im Kapitalismus nicht

und sozialistischen Errungenschaften. Es hängt weiters vom Erfolg der fortschrittlichsten und sozialistisch inspirierten Experimente ab, welche in den Ländern der 3. Welt auf eigenen, ursprünglichen Wegen durchgeführt werden. Für einen Schritt in Richtung Weltsozialismus und als Beitrag zu demokratischen Veränderungen in den Gesellschaften Osteuropas sind neue Impulse und neue Horizonte im sozialistischen Kampf Westeuropas essentiell wichtig.

Ursachen der Krise in Polen

3. Verschiedene Ursachen führten 1980 zum Ausbruch der Krise in Polen. Tatsächlich handelte es sich um eine äußerst

ihren Einfluß immer behalten und sogar vergrößern konnte. Sie gewann als nationale Macht immer mehr an Bedeutung. Und schließlich wirkten in der Führung selbst unterschiedliche soziale und ideelle Kräfte, darunter auch eine Schicht Intellektueller mit ihren reichhaltigen kulturellen und demokratischen Traditionen. Für einen vollkommenen Umbruch fehlte es angesichts der so weiten Dimension der Krise an notwendigem Zusammenhalt und Stärke.

Tatsächlich ist klar zum Ausdruck gekommen, daß es in Wirklichkeit notwendig gewesen wäre, auch den Arbeitern – und mit ihnen allen tragenden Komponenten der polnischen Gesellschaft – die volle Mitverantwortung in einem gemeinsamen Versuch, die Wirtschaft zu sanieren und zu erneuern, zu übertragen. Dies wäre allerdings nur im demokratisch-pluralistischen Sinn

– des polnischen Sozialismus und
– nachdem man die gesamte Realität ins Auge gefaßt hatte, möglich gewesen.

In der PVAP gab es verschiedene, aber letzten Endes erfolglose Versuche in dieser Richtung, wovon die heftigen Auseinandersetzungen und die radikalen Wechsel in ihrer Führungsgruppe Zeugnis geben. Die Versuche waren gekennzeichnet von beharrlichem Dogmatismus, konservativen Positionen, von weitverbreiteter Untätigkeit im Parteiapparat selbst – auch sie ist ein Auswuchs jahrelanger bürokratischer Praxis – und von vielen Unsicherheiten.

Die Rolle des Einflusses der UdSSR

Sehr negativ wirkte sich auch die Haltung der UdSSR und der anderen Warschauer Pakt-Staaten gegenüber dieser Krise aus.

Es gab großen Druck, man mischte sich ungerechtfertigterweise ein und initiierte politische und ideologische Hetzkampagnen gegen die Innovationskräfte, die einen großen Teil der KP Polens, der Solidarność und der Kirche umfaßten. Man erschwerte damit das Erkennen und die Zurückdrängung verschiedener extremistischer Übertreibungen im politischen Leben Polens, in der Gewerkschaft Solidarność und in der Partei, die Einfluß gewinnen konnten und auf einen Zusammenstoß abzielten. Ersteres wäre notwendig gewesen, denn aufgrund solcher extremistischer Übertreibungen hatte die Solidarność Forderungen aufgestellt, die in der wirtschaftlichen und produktiven Realität des Landes nicht haltbar waren. Darüber hinaus müssen wir aber feststellen, daß auch diese Auswüchse, die es der Arbeiterklasse Polens nicht ermöglicht haben, voll die Verantwortung als führende Klasse im Staat zu übernehmen, zum Teil selbst Früchte der jahrelangen Entwicklung sind, die unter den Arbeitern und in anderen sozialen Schichten, insbesondere auch unter den Jugendlichen, zu einer beunruhigenden Entfernung vom politischen Leben geführt hatte.



Die Überwindung des sowjetischen Modells

4. Die Vorgänge in Polen in den letzten anderthalb Jahren und die dramatische Zuspitzung in den letzten Tagen geben Anlaß zu umfassenderen Betrachtungen über die sogenannten sozialistischen Gesellschaften, über ihre historischen und politischen Entwicklungsphasen in den letzten 35 Jahren und zu aktuellen Problemen im Kampf um den Sozialismus in Europa und in der ganzen Welt. Ausgangspunkt der Betrachtungen, die ja den italienischen Kommunisten nicht fremd sind, sind die durch die Übertragung eines einzigen Modells, nämlich des sowjetischen, auf alle Länder Osteuropas entstandenen Schäden im wirtschaftlichen Bereich und insbesondere im politischen System. Sie können jedoch nicht als alleinige Folge der Jalta-Beschlüsse aufgefaßt werden, denn unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg gab es eine Diskussion unter den kommunistischen Führern, wie weit die Volksdemokratien einen selbständigen Charakter annehmen sollten. Zum Meinungsumschwung kam es erst mit der Gründung der Kominform (1947) und mit der Verurteilung Jugoslawiens (1948), weil es entschlossen war und ist, einen eigenen Weg zum Sozialismus zu gehen. Auch die Ausweitung internationaler Spannungen durch den Kalten Krieg trugen zu dieser Entwicklung bei. In allen Ländern Osteuro-

pas begann nun eine harte Periode, in der man – auch mittels tragischer Prozesse gegen Führer und Militante – alle Versuche annullieren wollte, die bis dahin von verschiedenen Ländern nach der Niederlage des Nazismus unternommen worden waren, um durch einen Bruch mit den reaktionären und autoritären Traditionen der Vergangenheit und auf einer freundschaftlichen Basis mit der UdSSR neue politische Regime zu schaffen, in denen auf die Geschichte und auf die sozialen und kulturellen Strukturen der einzelnen Völker Rücksicht genommen würde.

Es setzte also ein Gleichschaltungsprozeß ein, indem die Länder dem sowjetischen Modell und seinen Grundzügen angeglichen wurden. Einem Modell also, das in den darauffolgenden Jahren Gegenstand von Denunzierungen aus der SU selbst werden sollte.

Zweifelloos brachten die sogenannten „Volksdemokratien“ Erfolge im wirtschaftlichen Aufbau, in der kulturellen Entwicklung und im Bereich der Anhebung der Lebensqualität. Eine echte Demokratisierung dieser Gesellschaften fand jedoch nicht statt. Im wirtschaftlichen Bereich ließ man Widersprüche akkumulieren, die mit der Zeit immer mehr zum Vorschein kamen; und schließlich beraubte man einige Länder auf verschiedene Weise ihrer nationalen Identität.

Es ist kein Zufall, daß die erste schwere Polenkrise der Nachkriegszeit gleich nach der Verurteilung Jugoslawiens ausbrach. Die darauffolgenden Anschuldigungen gegen die Führer der polnischen Partei zeigten deutlich die Entwicklung, die man den Ländern Osteuropas aufzwingen wollte.

Insbesondere in Polen hätte ein neues, fortschrittliches soziales und politisches Regime auf geschichtliche und kulturelle Eigenarten des Landes Rücksicht nehmen müssen, d. h. auf die Masse der Bauern mit ihren eigenen Organisationen, auf den Einfluß und die Funktion der katholischen Kirche auf nationaler Ebene und auch auf eine starke jüdische Minderheit. Im wirtschaftlichen Bereich wäre es notwendig und angebracht gewesen, Artikulationsgremien zu schaffen, die auf die Interessen und Haltungen der diversen sozialen Schichten eingegangen wären. Die Angleichung an das sowjetische Modell in allen essentiellen Bereichen war im Falle Polens, sowie auch in Ungarn und anderen Ländern ein schwerer Fehler, dessen Konsequenzen in den darauffolgenden Jahren drastisch zum Ausdruck kommen sollten. Erst der in diesem Zusammenhang außergewöhnliche XX. Kongreß der KPdSU ließ neue Hoffnungen aufkommen. Man sprach zum ersten Mal wieder von der Notwendigkeit eigener verschiedener Wege zum Sozialismus und sprach sich dafür aus, konkret für die Wiedereinsetzung der sozialistischen Legalität und für eine Demokratisierung zu arbeiten. Feierlich diskutierte man einen anderen Typ der sowjetischen Beziehungen – wirtschaftlich, politisch und kulturell – zu den übrigen Oststaaten, die auf der Respektierung der Souveränität jedes Staates basieren sollte. Man kündigte die Aufhebung des Konzeptes des Führungsstaates und der Führungspartei an und eröffnete scheinbar neue Möglichkeiten. Dank der friedlichen Koexistenz konnte dieser XX. Kongreß weltweit entscheidende Impulse setzen. Nach einigen Jahren allerdings, sowie dies auch Palmiro Togliatti 1964 in seinem „Memorandum an Jalta“ festgestellt hat, versandete der Innovationsprozeß, nachdem er seit seinem Beginn trotz Widersprüchen, Unsicherheiten verschiedenartigen Widerständen immer weiter fortgeschritten war. Schuld daran war nicht zuletzt die vom XX. Kongreß selbst gewählte Beschränkung der Kritik auf den sogenannten „Personenkult“, wodurch er sich einer tiefergehenden Strukturanalyse des politischen Systems der SU entzog.

5. Es wird also notwendig, Betrachtungen anzustellen, die über eine reine Fehleranalyse hinausgehen. Warum schlugen die wiederholten Innovationsbestrebungen fehl? Die objektiven Schwierigkeiten, der Druck des Feindes, mit dem jene Länder jahrelang durch Kriegsandrohungen und durch die drohende Subversion im Inneren belastet wurden, die Besorgnis um eine Annähe-

rung, die Härte des Kalten Krieges – sie allein können für eine Erklärung nicht ausreichen, was sich durch die Invasion in die Tschechoslowakei 1968 bewiesen hat. Dort versuchte man den neuen demokratischen Weg nicht mit Hilfe einer Bewegung wie die Solidarność zu gehen, sondern über das Zentralkomitee der tschechoslowakischen KP selbst. Es war damals entschlossen, die im krassen Gegensatz zum eigentlichen Entwicklungsgrad der tschechoslowakischen Wirtschaft und Kultur stehende politische Führung zu reformieren.

Gegen die Logik der Blöcke

Die Invasion in die Tschechoslowakei und die brutale Unterbrechung der Erneuerungsbestrebungen haben damit nicht nur bewiesen, daß die Notwendigkeit zu solchen Innovationen in den Ostregimen im Widerspruch zum sowjetischen Modell stehen, sondern auch im Widerspruch zum Konzept des „sozialistischen Lagers“, in dem sich die verbündeten Länder nur beschränkt autonom entwickeln konnten. Andererseits ist es richtig – und dessen sind wir uns bewußt –, daß die Entwicklung in Richtung einer Koexistenz und der Kampf im Frieden momentan nicht über die Existenz der beiden Blöcke in Europa hinwegsehen kann und daß, sollte es zu entstabilisierenden Brüchen kommen, der Friede ernsthaft in Gefahr gerät. Doch rechtfertigt diese Einsicht nicht die Unterdrückung jeglicher Ansprüche auf Freiheit, Unabhängigkeit und Ver-

änderungen im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben, so wie sie sich heute weltweit manifestieren. Vielmehr ist die Koexistenz als Bedingung und als Mittel zur Weiterführung jenes Prozesses in Frieden und Sicherheit anzusehen. Die Blöcke dürfen daher nicht – weder im Osten noch im Westen – von vornherein als unverrückbare und unveränderliche Realitäten oder als ideologisch-militärische Kampflätze, die von der Logik der Macht regiert werden, gelten. Sie sind eine politische Realität, die im Zuge der Entwicklung zur friedlichen Koexistenz überwunden werden müssen. Darüber hinaus darf die friedliche Koexistenz nicht nur in diplomatischen Beziehungen und in der Verständigung einzelner Staaten untereinander zum Ausdruck kommen, sondern sie erfordert den aktiven Beitrag aller Völker und insbesondere den einer großen Friedensbewegung.

In diesem Sinne betrachtet sich die KPI als die einzige politische, und damit auch als die fortschrittlichste und autonomste Kraft Italiens, die sich in der Polenfrage und in anderen grundlegenden internationalen Fragen – Euro-Missilies, Kampf um den Abbau von Atomwaffen, Europäismus, Mittelmeerländer, neue Nord-Süd-Beziehungen – nicht zur Logik der Blöcke bekennt, was man von den anderen Parteien nicht behaupten kann. Da diese einerseits auf plumpe Weise die polnische Tragödie instrumentalisieren, andererseits zu den Opfern des Imperialismus in allen Teilen der



Berlin,
Budapest,
Prag,
Kabul,
Warschau...
Jetzt
reicht's
aber!!

Welt schweigen und versuchen ihr Glück zu erbauen, indem sie sich als buckelnde und ergebenste Alliierte in Washington präsentieren.

Daher lehnen wir es ab – für Italien und für jedes andere Land –, jene Logik akzeptieren, mit der alle notwendigen Veränderungen, einer Sicherheit, die im Sinne der herrschenden Macht definiert ist, geopfert werden. Nur auf dieser Grundlage kann eine neue Phase im Kampf um Frieden und Sozialismus beginnen, in welcher einerseits die Widersprüche, die der derzeitigen Struktur der Welt entspringen, ins Auge gefaßt werden, und in der andererseits den neuen Ansprüchen begegnet wird, welche in allen Gesellschaftssystemen aufgrund der fortgeschrittenen Entwicklungs- und Bewußtseinsprozesse und der wissenschaftlichen und kulturellen Bedingungen entstanden sind.

Weiters können wir in unseren eingehenden, ohne Verlogenheiten und Vertuschungen durchgeführten Betrachtungen zur Krise in den Ländern Osteuropas, nicht zu dem Schluß kommen, daß sich die Perspektiven des Sozialismus verdunkelt hätten oder daß sich durch die letzten Ereignisse sein Untergang angekündigt hätte.

Die Grenzen des Sozialismus fallen für uns nicht mit den Grenzen der osteuropäischen Länder zusammen, weil wir den Sozialismus als eine sich historisch und weltweit weiterentwickelnde Bewegung ansehen.

Die Stellung der UdSSR

6. Die sozialistische Oktoberrevolution 1917 in Rußland war das revolutionäre Ereignis unseres Zeitalters. Weltweit verhalf sie den Befreiungs- und Emanzipationskämpfen der unterdrückten Arbeiter und Völker zu einem enormen Aufschwung. Mit Härte, Heldenhaftigkeit, unter riesigen Opfern und trotz der tragischen Degenerationsperiode im Stalinismus befreite sich die SU aus der fürchterlichen Rückständigkeit der vorrevolutionären Epoche. Zu einer großen Industriemacht geworden und in der Lage, der nazistischen und faschistischen Offensive Widerstand entgegenzusetzen und zu ihrer Niederlage beizutragen, konnte sie den Völkern Europas und der Welt neue Wege öffnen.

Durch die Oktoberrevolution wurde die bis dahin unangetastete Herrschaft des Kapitalismus und Imperialismus gebrochen, sie trug zur Entstehung der kommunistischen Parteien in der ganzen Welt bei. Sie gab den Emanzipationskämpfen in Wirtschaft und Politik, den Kämpfen revolutionärer Bewegungen und den Befreiungs- und Unabhängigkeitskämpfen der ehemaligen Kolonialvölker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas neue Impulse. Die wichtigen Errungenschaften der Arbeiter- und Volksmassen in vielen Ländern aufgrund der Oktoberrevolution und der Veränderungen im weltweiten Gleichgewicht zugun-

sten der Anliegen des Sozialismus zählen heute noch enorm viel.

Die KPI unterschätzt also keineswegs die Rolle der UdSSR auf weltweiter Ebene, die im Interesse jener Länder und Völker, die gegen Imperialismus in reaktionäre Regime und für ihre nationale Befreiung und Unabhängigkeit kämpfen, stehen kann. Sie kann jedoch genauso in einen Gegensatz zu eben diesen Interessen geraten oder diese gleich offen verletzen, wie im Fall der Intervention in Afghanistan.

Für einen „3. Weg“

7. Im Licht der beschriebenen historischen Ereignisse und der daraus erfolgten theoretischen Überlegungen erhebt sich für Europa die Frage nach dem dritten Weg. Es haben alle jene Unrecht, die uns weismachen wollen, daß sich die Ideen, der Wille und die Notwendigkeit zur Transformation in Richtung Sozialismus bereits überlebt haben. In Wirklichkeit haben sich nur die alten politischen und ideologischen Schemata überlebt, i.e. die beschränkte Konzeption des Sozialismus, der Staats- und Herrschaftsorganisation und der Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft.

Die Verschärfung der Widersprüche, die bis zur Infragestellung der Menschheit gehen und im Kapitalismus nicht mehr zu lösen sind, und obige Überlegungen lassen das Bedürfnis nach Sozialismus als objektive und historische Notwendigkeit erscheinen.

Das in der UdSSR angewandte und auf andere Länder übertragene „Modell“ ist nicht wiederholbar. Jedes Auseinander-

dividieren von Sozialismus und Demokratie, jede Unterscheidung zwischen Besitz und gesellschaftlicher Kontrolle über die Produktionsmittel auf der einen und demokratischer Organisation und politischer Herrschaft auf der anderen Seite ist nicht akzeptabel.

Genauso glauben wir, daß über die Erfahrungen der sozialdemokratischen Parteien hinausgegangen werden muß. Nicht nur, daß sie in ihrer Vergangenheit der Arbeiterbewegung Negatives, Unterwürfigkeiten und Niederlagen gebracht haben, brachte sie die Kraft und den Willen nicht auf, die Diskussion über kapitalistische Machtstrukturen wieder aufzunehmen.

Die herkömmlichen Wege und Kämpfe der Sozialdemokratie, die in einigen Ländern zu wichtigen Errungenschaften sozialer und bürgerlicher Natur geführt haben, erscheinen uns angesichts der Krise im Wachstums- und Konsummodell, der Krise des Staates an sich und neuer Marginalisationserscheinungen breiter Massen der Bevölkerung blockiert. Man muß daher – von Frankreich bis Griechenland, von Skandinavien bis Deutschland – nach neuen Ideen und konkreten Programmen für Politik und Regierungen zu suchen beginnen. In der aktuellen Kapitalismuskrisis – mit allen ihren schwerwiegenden Konsequenzen für die Masse des Volkes und ihrer Gefährdung des Friedens und der Demokratie – ist mehr denn je das Engagement aller Kräfte der europäischen Arbeiterbewegung für einen neuen Weg zum Sozialismus erforderlich.



Ich? Ich war Samstag abend zu Hause und habe mit Freunden Karten gespielt.

Im Kampf um neue weltpolitische Konstellationen und um eine neue Weltwirtschaftsordnung wird Westeuropa eine zentrale Rolle spielen müssen. Um dies zu ermöglichen, werden tiefgreifende innere Reformen notwendig sein. Alle weiteren Versuche seitens der Konservativen zur Lösung der Krisensituationen, die die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften immer wieder schwer belasten, sind nicht mehr tragbar. Sie führen immer wieder zu Millionen von Arbeitslosen, zum Stillstand und Untergang von Produktivkräften und letztlich zu Unterordnung unter größere kapitalistische Mächte.

8. Die Kommunisten Italiens unterstreichen ihre autonome und positive Rolle in den Diskussionen, Treffen und bei offenen Konfrontationen mit den kommunistischen Parteien an der Macht, insbesondere mit der KPdSU. Die KPI beabsichtigt, normale Beziehungen zu allen kommunistischen Parteien, sowie mit jeder anderen sozialistischen, revolutionären und progressiven Kraft aufrechtzuerhalten, ohne besondere oder privilegierte Bindung an eine bestimmte, auf der Basis absoluter Autonomie ihres Denkens und Handelns und ohne ideolo-

gische, politische oder organisatorische Fesseln.

Die KPI bekräftigt nochmals, daß sie die Vorstellung einer homogenen, vom Zusammenspiel mit den übrigen Kräften der internationalen Arbeiterbewegung – und damit von Motiven des Sozialismus, des Fortschritts und der Befreiung – ausgeschlossenen kommunistischen Bewegung für überwunden hält. Dem entspringen Theorie und Praxis eines neuen Internationalismus, wie sie von unserer Bewegung angeregt werden. Letztere sieht sich aufgrund ihres historischen Werdegangs, ihrer Kultur, ihrer politischen und ideellen Autonomie verbunden mit allen sozialistischen, progressiven und revolutionären Ansätze. Die italienischen Kommunisten halten die Erhaltung und Ausweitung dieser Ansätze für eine wichtige Bedingung und einen Beitrag zur Politik der Entspannung und der friedlichen Koexistenz und für einen Beitrag zu freundschaftlichen Beziehungen und gegenseitiger Interessenswahrnehmung unter Staaten und Völkern. Es sollen damit den Ideen von Demokratie, Fortschritt und Sozialismus als etwas, worüber jedes Volk autonom zu entscheiden hat, weitere

Anstöße gegeben werden.

9. Die KPI, die Partei Gramscis, Togliattis und Longos, ist in der Lage, die Prüfungen, die auf sie zukommen, zu bestehen. Auch mehr oder weniger dürftige Versuche seitens jener, die die Ereignisse in Polen immer wieder für interne politische Zwecke zur Spaltung der Arbeiter und Volksbewegung, angesichts der harten Klassenoffensiven, ausnützen wollen – was letztlich auch gegen die demokratischen und sozialen Errungenschaften der letzten Jahre in unserer Republik geht –, werden die KPI nicht spalten können. Wir werden immer fest und entschlossen gegen solche Versuche ankämpfen. Wir müssen auf unserem, seit langem eingeschlagenen Weg weitergehen. Reste alter mystischer, konservativer Anschauungen und Positionen, die auf die Liquidierung unseres historischen und gedanklichen Werdeganges abzielen, müssen durch die offene Diskussion aller Fragen überwunden werden. Wir werden die Einheit der Partei auf bestmögliche Weise verteidigen und stärken, sei es, um damit eine Änderung in Italien herbeizuführen, oder dem weltweiten Kampf des Sozialismus neue Antriebe zu geben.



SPANIEN

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Spaniens (PCE) nimmt in einer umfangreichen Erklärung, die wir hier leicht gekürzt wiedergeben, zu den Ereignissen in Polen Stellung. Die insgesamt sechs Punkte umfassende Resolution beginnt mit der Feststellung, daß zwei Gründe die spanischen Kommunisten zu einer eindeutigen Stellungnahme zwingen: Erstens können sie als demokratische Kraft nicht indifferent gegenüber einer Verletzung ihrer demokratischen Ideale bleiben, wo immer diese erfolgt; zweitens erfordern die Ereignisse

in Polen von ihnen als revolutionär-marxistische Kraft eine grundsätzliche Reflexion über das sowjetische Modell. Es wird davor gewarnt, als Reaktion auf die propagandistische Ausnützung der Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen, durch antikommunistische Kräfte, diese Maßnahmen rechtfertigen zu wollen. Die Zukunft der Sache des Kommunismus hängt von deren Fähigkeit ab, der Politik des Imperialismus zu begegnen, aber auch von ihrer Fähigkeit, die Degenerationsprozesse in den Ländern des „realen Sozialismus“ zu erfassen . . .

Resolution des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Spaniens zur Lage in Polen

Für Erneuerung und Demokratisierung

„2. Die PCE hat von Anfang an eindeutig für die Erneuerungsbewegung und die Demokratisierung in Polen Stellung bezogen und jede ausländische Intervention oder Einmischung verurteilt. Wir gingen davon aus, daß es die Arbeiterklasse und mit ihr die Bauern und die Intellektuellen waren, die die Bewegung anführten, und daß deren Forderungen – vor allem nach unabhängigen Gewerkschaften, freier Meinungsäußerung und Selbstverwaltung – elementar für ein vor mehr als dreißig Jahren errichtetes sozialistisches System sind.

Außerdem hat es in der jüngeren Geschichte Polens bezeichnende Ereignisse gegeben, die das schlechte Funktionieren des Systems bewiesen haben. 1956 gab es eine wahre nationale Erhebung unter der Führung des Kommunisten Gomułka, 1970 den Kampf der Arbeiter von Gdansk, der blutig niedergeschlagen wurde, der aber, mit der Ernennung Giereks, einen neuen Wechsel an der Spitze von Partei und Staat bewirkte.

Keines dieser Ereignisse führte zu tiefgreifenden Reformen und zu einer Demokratisierung des Systems. Das Unbehagen der Arbeiterklasse und der Volksmassen wuchs weiter, bis es in den Ereignissen vom September 1980 zum Ausbruch kam, in deren Folge die Soli-

daritätsgewerkschaft entstand, die offizielle Gewerkschaft zerfiel und über Verhandlungen zwischen der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, den Gewerkschaften und der Kirche Reformen in Angriff genommen wurden, die zu keinen befriedigenden Ergebnissen führten.

Dennoch ist das Zentralkomitee der Meinung, daß die einzige Möglichkeit für eine reale, friedliche und demokratische Lösung nach wie vor die Aufhebung des Kriegsrechtes und die Wiederaufnahme eines verantwortungsbewußten Dialoges zwischen der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, der Solidarność und der Kirche ist.





Die Rolle der Kirche

Es stimmt, daß die polnische Kirche eine wichtige Rolle in der Bewegung der „Erneuerung“ gespielt hat und daß sie einen großen Einfluß in der Arbeiterklasse und den Volksmassen besitzt. Dies und die Anwesenheit eines polnischen Papstes im Vatikan erfordert von uns eine Überprüfung des grundsätzlichen Charakters dieser „Erneuerung“. Bei der Analyse dieses Prozesses darf man einen Faktor nicht übersehen, der sich als roter Faden durch die ganze polnische Geschichte zieht. In diesem Land ist das Nationalgefühl zutiefst mit der katholischen Kirche verbunden. . . . Das erklärt, warum es in der Erneuerungsbewegung, die neben einem sozialen auch einen nationalen Charakter hat, einen offenkundigen katholischen Einfluß gibt. Der nationale Charakter der derzeitigen Krise wird durch die Tatsache bestimmt, daß die Revolution, die zuerst die „Volksdemokratie“ und den Sozialismus proklamierte, mehr eine „exportierte“ Revolution war, als eine Schöpfung der Massen und der inneren Kräfte Polens. Und es gelang dieser Revolution nicht, mit den inneren Kräften Polens zu verschmelzen, zumal das eingeführte System das sowjetische Modell war und nicht eines, das die polnischen Gegebenheiten berücksichtigt hätte.

Von einem traditionell-marxistischen Standpunkt aus würde man dazu neigen, anzunehmen, daß der katholische Einfluß von vornherein der „Erneuerungs“-Bewegung einen regressiven, reaktionären Charakter verleiht. Heute zwingt uns aber sowohl die Diskussion über den nicht notwendigerweise entfremdenden Charakter der Religion wie die Anerkennung der positiven Rolle christlicher Kreise im Befreiungskampf zu einer komplexeren Betrachtung. Insofern ist es bedauerlich, daß es in Polen nicht gelungen ist, Christen in stärkerem Maß in den von der Vereinigten Polnischen

Arbeiterpartei geführten Prozeß des Aufbaues des Sozialismus einzubeziehen. Wichtig ist es auch aufzuzeigen, daß die Unfähigkeit des in Polen angewandten Systems, die Massen zu gewinnen, verantwortlich für die Entfremdung von diesen ist, und dafür, daß sich der „Erneuerungs“-Prozeß gegen die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei vollziehen mußte. . . .

Es steht außer Zweifel, daß konterrevolutionäre Elemente in die Solidarność eindringen konnten. Zu meinen aber, daß konterrevolutionäre Elemente und imperialistische Agenten, die sich lediglich einen punktuellen Fehler der Partei zunutze machen, die Arbeiterklasse und das ganze Volk in einer Zeit der tiefen Krise des Kapitalismus gegen das sozialistische System aufbringen können, stellt eine Verirrung dar, die wir nicht akzeptieren können und die de facto den bürgerlichen Schlußfolgerungen recht gibt, daß der Sozialismus ein gescheitertes soziales System ist.

Militärregime stärkt konterrevolutionäre Kräfte

3. Die Errichtung eines Militärregimes stärkt dagegen die Rolle der Elemente, die die „Erneuerung“ in eine Konterrevolution verwandeln wollen. Von einem Militärregime, das eine verurteilungswürdige Repression ausübt, das auf Arbeiter schießt, das Kommunisten und Gewerkschafter vor Gericht stellt, weiß man zwar, wie es anfängt, nicht aber, wie es endet. Alle Militärregimes der Geschichte haben sich als vorübergehend bezeichnet und alle haben lange gedauert. In Polen ist die Partei als faktische Macht verschwunden; die Solidarność wurde zersprengt; – zwei faktische Mächte bestehen weiter: die Armee und die Kirche. Das Militärregime hat die Rolle der Kirche objektiv verstärkt; es muß entweder mit ihr paktieren und

Kompromisse eingehen oder sie verfolgen. Wenn es sie verfolgt, wird sich die Kirche erneuern und wird ihre führende Rolle in der nationalen Bewegung konsolidieren, gestärkt dadurch, daß sie nun als die Verteidigerin der Demokratie dasteht, was bisher nicht so klar war.

Angesichts dieser Situation spricht sich das Zentralkomitee der PCE für die sofortige Wiedereinführung der durch die Militärjunta aufgehobenen Freiheiten, für das Ende der Repression und für die Weiterentwicklung des Erneuerungs- und Demokratisierungsprozesses aus. Das Zentralkomitee der PCE drückt seine volle Solidarität mit den polnischen Arbeitern und dem Volk aus. Jedenfalls ist ein Militärregime, eine Diktatur der Streitkräfte, eine dem Marxismus und dem Leninismus völlig fremde Regierungsform. Zu behaupten, daß das Heer die Macht der Arbeiter und Bauern mit Gewalt gerade gegen die polnischen Arbeiter und Bauern aufrechterhält, ist ein Widerspruch, den niemand ernsthaft verteidigen kann.

Gegen US-Imperialismus

Das Zentralkomitee spricht sich ebenso für das Ende jeder politischen und militärischen Einmischung von außen aus. Gleichzeitig verurteilt es die von der Administration Reagan beschlossenen Repressalien. Diese Maßnahmen sind keine Hilfe für das polnische Volk, sondern eine skandalöse Manipulation der Leiden Polens durch diese Regierung, um ihre kriegerische Politik und ihren Willen zu behaupten, Europa mit Atomraketen zu überziehen und unseren Kontinent in den Schauplatz eines „begrenzten“ Atomkrieges zu verwandeln, der ihn auslöschen würde; . . . Das Zentralkomitee ruft zur Wachsamkeit gegenüber der Gefahr möglicher Aggressionen auf, zu denen sich der nordamerikanische Imperialismus unter Ausnutzung der gegenwärtigen Situation, insbesondere auf dem amerikanischen Kontinent, versucht sehen könnte.

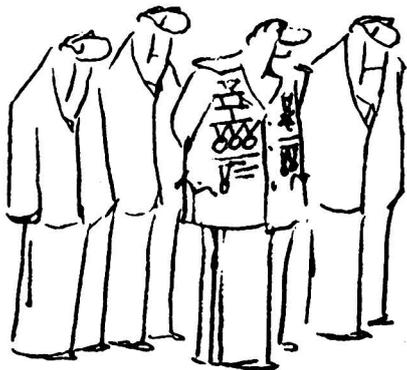
Tatsächlich sind die Initiativen von außen, die wirklich bei der Lösung der polnischen Krise helfen können, diejenigen, die dazu beitragen, die internationalen Spannungen zu verringern und vom gefährlichen Weg des Kalten Krieges abzugehen. Wirtschaftliche Repressalien und der Abbruch internationaler Verhandlungen über die Entspannung können die Situation nur verschlimmern. In dieser Hinsicht zeigen die europäischen Regierungen, mit Ausnahme von Frau Thatcher, eine konstruktivere Haltung als die US-Regierung.

Die Arbeiter, die Volksmassen und in erster Linie die Kommunisten, müssen sich dessen bewußt sein, daß in Polen nicht die Idee des Sozialismus und des Kommunismus gescheitert ist, sondern der Export und das Aufzwingen eines Modells, eines politischen und ökonomischen Systems, das in Widerspruch zur polnischen Realität stand. . . .

Die Rolle der UdSSR

In Polen hat der Druck der sowjetischen Führung zur Aufrechterhaltung des Modells um jeden Preis, der in offiziellen Erklärungen und in Pressekommentaren zum Ausdruck kam, eine wichtige Rolle bei der Errichtung der Militärjunta gespielt. Wir verstehen, daß die Sowjetunion, solange die Militärblöcke bestehen, es als lebensnotwendig für das strategische Gleichgewicht ansieht, Polen im Warschauer Pakt zu behalten. Wir meinen aber, daß die „Erneuerung“ und Demokratisierung nicht unvereinbar mit dem Verbleib Polens in dem Pakt waren, wie dies auch bei der Demokratisierung des Sozialismus in der Tschechoslowakei nicht der Fall gewesen wäre.

Es gibt dennoch eine Dynamik der Militärblöcke, die zur Aufzwingung des sowjetischen Modells in den Ländern des Warschauer Paktes und zur Einschränkung von deren Souveränität führt, ebenso wie in den Ländern der NATO versucht wird, die kommunistischen Parteien auszuschalten, auch um den Preis einer Verletzung der demokratischen Spielregeln. All dies bestätigt die Notwendigkeit einer Überwindung des Systems der Militärblöcke, um die Unabhängigkeit eines jeden Volkes und die Demokratie zu garantieren.



Schwer zu sagen, Genossen, ich habe den demokratischen Sozialismus im Panzer miterlebt

Für die Weiterentwicklung revolutionär-marxistischer Positionen

4. . . . Wir stehen vor Phänomenen, die unserer eurokommunistischen Option größere Bedeutung verleihen und uns zu einem grundlegenden Überdenken dessen zwingen, was wir die traditionelle Kultur der kommunistischen Bewegung nennen könnten. Es geht nicht darum, revolutionär-marxistische Positionen aufzugeben, sondern sie vollständiger zurückzugewinnen, um sie zu entwickeln und durch neue Erfahrungen zu bereichern. Wir wollen keine Rechtswende vollziehen, sondern unsere linken Positionen beibehalten und sie gegenüber

einem drohenden Dogmatismus behaupten, der weniger mit Prinzipien zu tun hat, als mit der Hörigkeit gegenüber den historischen Zentren der kommunistischen Bewegung, und durch der wir uns letztlich von der Linken entfernen und zu einem Instrument eines Blockes innerhalb des anderen werden würden.

Die historische Bedeutung der Oktoberrevolution

Wir betrachten weiterhin die große Oktoberrevolution als das wichtigste Ereignis der Menschheitsgeschichte in dieser Epoche. . . . Die Oktoberrevolution war die Antwort des Volkes und der damals fortschrittlichsten marxistischen Arbeiterpartei, der Partei Lenins, auf das Versagen der Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg und auf den Reformismus der II. Internationale. Diese Revolution führte zur Gründung der kommunistischen Parteien, welche die aktive Solidarität der aktivsten und bewußtesten Teile des Proletariats eines jeden Landes mit dem vom Imperialismus belagerten Sowjetrußland und die Absage an die Sozialdemokratie verkörperten.

Die Oktoberrevolution und ihr Beispiel zwingen die Bourgeoisie der entwickelten Länder zu großen politischen und sozialen Konzessionen an die Arbeiter. Die Oktoberrevolution hat die historische Periode der sozialistischen Umwandlung der Welt eingeleitet, die sich langsam entwickelte, die ihre Fortschritte, aber auch ihre Rückschläge erlebte, und sie hat die ganze zeitgenössische Befreiungsbewegung geprägt. Sie stellte einen ungeheuren Impuls für den menschlichen Fortschritt in jeder Hinsicht dar; sie schuf einen Staatstyp und Eigentumsbeziehungen, die eine zutiefst revolutionäre Rolle in der Welt spielten.

UdSSR ist kein Modell

Aber dieser Staatstyp, der nicht mehr ein bürgerlicher Staat zur Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums war, ist unter der Führung Stalins auch nicht zu dem geworden, was die marxistische Terminologie als das organisierte Proletariat als herrschende Klasse bezeichnet, d. h. zu einer wirklichen Arbeiterdemokratie. Er ist zu einem Staat geworden, der sich über die Gesellschaft stellt und in dem sich eine alles entscheidende Bürokratie institutionalisiert hat. Die Geschichte des politischen Modells der Sowjetunion zeigt, daß in der Praxis die Partei, die den Staatsapparat zu beherrschen glaubte, von diesem verschlungen wurde; das ist eine Gefahr, die über kurz oder lang allen Systemen droht, die den politischen Pluralismus aufheben. Dieses Modell hat dazu geführt, daß die demokratische Diskussion in der Partei beseitigt wurde, dazu, daß die Parteitage und Konferenzen zu einer rein formalen und

propagandistischen Liturgie wurden. Die Partei verwandelte sich in eine große bürokratische Maschine, in der die Massen mehr ein Machtinstrument als eine revolutionäre Avantgarde sehen.

Lenin und die Revolutionsführer der ersten Jahre sahen diese Gefahr und warnten vor ihr, im Bewußtsein der Schwierigkeiten ein voll sozialistisches System in einem so rückständigen Land aufzubauen. Unter Stalin aber wurde das Erreichte zum vollständigen Sozialismus erklärt und es wurde der Übergang zur kommunistischen Gesellschaft angekündigt. Da dies nicht der Realität entsprach, verwandelte sich die Theorie in Ideologie — im pejorativen Sinn, den der Marxismus diesem Wort gegeben hat —, womit sich tatsächlich zwischen der Theorie und der Praxis eine Kluft auftat, in Widerspruch zu den Prinzipien, die das Handeln einer kommunistischen Partei bestimmen sollten.

Und dieses Modell ist exportiert und anderen Ländern aufgezwungen worden, wobei die Auffassung Lenins von der Verschiedenartigkeit der Übergänge zum Sozialismus außer acht gelassen wurde. Der XX. Parteitag der KPdSU gab Anlaß zu großen Hoffnungen für eine Demokratisierung des Systems. . . . Diese Hoffnung war aber nur von kurzer Dauer und sie erstarrte zu einer einfachen Kritik des Personenkults von Stalin, welche dem Problem nicht auf den Grund ging: dem Modell, dem System.

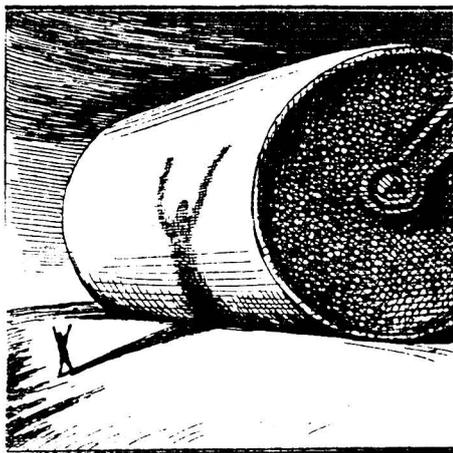
. . . Die manuellen und geistigen Arbeiter erhalten von der Gesellschaft noch immer keine Bezahlung „nach ihrer Leistung“ — gemäß der klassischen marxistischen Formel: sie leben unter schwierigen Bedingungen; sie leiden unter den Folgen der bürokratischen Strukturen; sie sind von allen wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen ausgeschlossen, die ihnen von der allmächtig erscheinenden Staatspartei aufgezwungen werden. Dieser Arbeiter, der die Entfremdung noch nicht überwunden hat, kann sich, obschon im Sozialismus und obwohl ihn keine Privatkapitalisten ausbeuten, nicht als Inhaber der Macht fühlen.

Tatsächlich wurde in Polen mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise der Widerspruch zwischen einem politischen System und einem bürokratischen Staatsmodell, das alles kontrolliert und über die Gesellschaft hinweg entscheidet, und dem Wunsch der Gesellschaft nach Partizipation, Entscheidungsmacht und Selbstverwaltung des Sozialismus offensichtlich.

Dieser Widerspruch könnte sich auch in anderen Ländern manifestieren, die dasselbe Modell angewandt und ein gewisses soziales, wirtschaftliches und kulturelles Niveau erreicht haben. Dabei besteht die Gefahr, daß als Scheitern der Idee des Kommunismus erscheint, was lediglich das Scheitern eines politischen Modells ist, welches pragmatisch aus der Machtausübung durch eine Einheitspartei unter Bedingungen der ungenügenden Ent-

wicklung der Produktivkräfte und der wirtschaftlichen wie militärischen Belagerung durch die kapitalistischen Mächte entstanden ist. Es ist das Scheitern eines Systems, das sich auch noch reproduzierte, als sich die Bedingungen bereits geändert hatten und es objektiv zu einem Hindernis für die Entwicklung des Sozialismus und des Kommunismus geworden war.

Die Tatsache, daß dieses System de facto eine pragmatische Schöpfung war, die unter bestimmten historischen Umständen vielleicht schwer zu vermeiden war, aber als die reale und entwickeltste Verkörperung des von Marx und Engels konzipierten Sozialismus definiert zu haben, hat zu einer ideologischen Deformation der traditionellen Kultur der kommunistischen Bewegung geführt, die die PCE vor einigen Jahren zu überwinden begann, als sie daranging, die zutiefst schöpferischen Werte des Marxismus zurückzugewinnen, was sich heute in der Konzeption konkretisiert, die als „Eurokommunismus“ bezeichnet wird.



Für eine neue Orientierung

5. Die heutige Realität zwingt uns klar zu sehen, daß ein Zusammenschluß der revolutionären Bewegung um die russische Oktoberrevolution von 1917 – wie er als Antwort auf das historische Scheitern der Sozialdemokratie entstanden ist – der sich eine Zeitlang in der Kommunistischen Internationale, dann in der Kominform und später in den internationalen Konferenzen der kommunistischen Parteien konkretisierte, endgültig überholt ist.

Unsere Partei ist zu diesem Schluß nach den tschechoslowakischen Ereignissen von 1968 gekommen. Schon auf der internationalen Konferenz der kommunistischen Parteien von 1969 wurde klar gestellt, daß die PCE jede privilegierte Beziehung zur KPdSU aufgegeben hat, und von diesem Weg ist sie nicht abgewichen. Es hat keinen Abbruch der Beziehungen mit der KPdSU gegeben;

auf internationalem Gebiet haben wir volle Unabhängigkeit bewahrt und die Beziehungen zu jenen Parteien intensiviert, die unseren Ideen am nächsten stehen. Wir haben alle Schritte kritisiert, die unserer Ansicht nach im Widerspruch zu den Idealen des Kommunismus stehen, und waren aufgrund dessen mehrfach das Ziel von Angriffen jener kommunistischen Parteien, die das sowjetische Modell als Beispiel und als fortgeschrittenste Form des Sozialismus, die real ist, ansehen.“

In der Folge faßt die Resolution kurz zusammen, worin die wesentlichen Punkte der neuen eurokommunistischen Orientierung und der PCE bestehen, voran das Festhalten an den Werten der Demokratie und am politischen Pluralismus.

Die Herausbildung einer neuen europäischen Linken

6. Wir Kommunisten sind Internationalisten. Unsere aktive Solidarität galt und gilt allen sozialen und nationalen Befreiungsbewegungen, allen, die für Frieden, Abrüstung und für die Zusammenarbeit zwischen den Völkern kämpfen.

Die Krise der verschiedenen Formen des internationalen Zusammenschlusses um die KPdSU und das Scheitern der internationalen Sozialdemokratie, macht neue Formen der internationalistischen Solidarität und Zusammenarbeit notwendig. Die Kreativität, die die Marxisten zur Zeit der Konferenzen von Zimmerwald und Kiental an den Tag legten – angepaßt selbstverständlich den neuen historischen Aufgaben, die sich der fortschrittlichen Menschheit stellen muß – ist auch heute wieder erforderlich . . .

Die objektive Notwendigkeit sozialistischer Lösungen wird in Europa durch die derzeitige Krise der Wirtschaftsstrukturen, des Entwicklungsmodells und der bisher vorherrschenden Kultur immer offensichtlicher. Diese objektive Notwendigkeit muß zur Herausbildung einer europäischen Linken führen.

Wir treten damit nicht für einen „Eurozentrismus“ ein; im Gegenteil, wir meinen, daß dieser Weg nur in gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den revolutionären und fortschrittlichen Kräften der Dritten Welt und generell mit allen internationalen Kräften dieser Art beschritten werden kann. So könnte von Europa und den anderen entwickelten Ländern sowie von den Ländern der Dritten Welt, die einen revolutionären Wandel erleben, ein neuer Impuls ausgehen, der sowohl in den kapitalistischen als auch in den sozialistisch orientierten Ländern die gesellschaftlichen Umwandlungen, die 1917 begonnen haben, auf verschiedenen, vielfältigen Wegen vorantreibt.

Neue Formen des Internationalismus

Die vorrangige Notwendigkeit, für den Frieden, die Unabhängigkeit der Völker, die Demokratie und eine neue Weltwirtschaftsordnung zu kämpfen sowie der Kampf für eine Welt ohne ausgebeutete Klassen und ohne unterdrückte Völker, für eine Welt der Solidarität, in der jene Mittel in Wohlstand und Kultur investiert werden, die man heute für Rüstung vergeudet, erfordert gemeinsame Anstrengungen aller kommunistischen, sozialistischen und fortschrittlichen Arbeiterparteien und aller Befreiungsbewegungen im Rahmen neuer Formen des internationalen Zusammenschlusses.

Es handelt sich um flexiblere, breitere Formen des Zusammenschlusses, die von den Militärböcken unabhängig und nicht an irgendeinen Staat gebunden sind. Ein solcher Zusammenschluß läßt sich nur durch lange Anstrengungen erreichen und erfordert die Schaffung von Einflüßzentren auf internationaler Ebene, die in diese Richtung wirken, was aber keineswegs die Bildung irgendeines internationalen Führungszentrums oder einer neuen Internationale bedeutet.

Gegen das Blockdenken

Dabei gehen wir spanischen Kommunisten von dem Grundsatz aus, daß der Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab nicht das Ergebnis des Sieges eines Blockes über den anderen sein kann; er kann nicht aus der militärischen Niederlage irgendeines Staates entstehen; er muß das Ergebnis eines Prozesses der Zurückdrängung der Ausbeuterklassen in jedem einzelnen Land durch die Anstrengungen und den bewußten Kampf jedes Volkes und die internationale politische Solidarität sein.

Das Zentralkomitee beschließt, alle Initiativen zu fördern und zu unterstützen, die zu einem solchen neuen Zusammenschluß, zur Schaffung eines oder mehrerer internationalistischer Aktionszentren, die diesem Ziel dienen, führen können. Gleichzeitig nimmt sich die Kommunistische Partei Spaniens vor, ihre bilateralen Beziehungen zu allen kommunistischen, sozialistischen und fortschrittlichen Parteien sowie zu den Befreiungsbewegungen zu entwickeln und zu erweitern, mit dem Ziel solidarische Beziehungen aufrechtzuerhalten und in die bezeichnete Richtung zu wirken.

(Die Resolution wurde entnommen aus „El Pais vom 13. 1. 1981, wo sie als Inserat auf den Seiten 6 und 7 abgedruckt ist.)

*Zwischentitel von der Redaktion eingefügt.

Solidarität mit **SOLIDARNOŚĆ**

1. Die Armee hat in Polen den Prozeß der gesellschaftlichen Erneuerung, die Demokratisierung durch die Ausrufung des Ausnahmezustandes gestoppt. Die Bürgerrechte sind außerkraftgesetzt, Gewerkschafter verhaftet und interniert. Unsere Sorge und Solidarität gilt jener demokratischen Bewegung, den Menschen, die sie tragen, dem Volk von Polen, der Solidarność. Die Solidarität, die wir bislang geübt haben, brauchen sie jetzt erst recht! Zuerst und allererst fordern wir die Freilassung der Inhaftierten, die Aufhebung repressiver Maßnahmen und die Aufrechterhaltung der sozialen und politischen Errungenschaften, die seit August 1980 erstritten wurden.
2. Solidarność ist die erste Bewegung in Osteuropa, in einem Land des 'realen Sozialismus', der es gelang, einen wirklichen Prozeß der Veränderung einzuleiten. Obwohl von unmittelbaren Arbeiterinteressen, von Gewerkschaftsaufgaben motiviert, sind durch das dort herrschende System, das keine Trennung von Politik und Ökonomie zuläßt, immer wieder gesamtgesellschaftliche und damit auch politische Fragen berührt worden. Welchen Sinn konnten in einer verstaatlichten Ökonomie gewerkschaftliche Forderungen allein haben – ohne dringliche Wirtschaftsreform, ohne die Wahl des Managements durch die Produzenten in den Betrieben, ohne uneingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit, also dem Zugang zu den Massenmedien? Die Partei, das Machtmonopol in den Händen, schien bereit, jene aus der Gesellschaft hervorgegangene und die Gesellschaft vertretende Bewegung und ihre Organisation – Solidarność – zu akzeptieren. Sie schloß Abkommen und definierte den neuen Zustand als einen unkündbaren Gesellschaftsvertrag. Gleichzeitig blockierte die den Staat repräsentierende Partei die notwendigen praktischen Schritte, die diese neue Realität schaffen sollten.
3. Seit dem letzten Jahr wogte ein ständiger Kampf zwischen Partei und Solidarność. Die Frontlinien waren schwer auszumachen, zumal die Partei ihren inneren Zusammenhalt verlor, durch sowjetische Drohungen, durch Fraktionierung und jeweils unterschiedliche Mehrheiten sich immer weniger dem eingeschlagenen Weg des gesellschaftlichen Dialogs gewachsen zeigte. Solidarność wurden so ständig neue Aufgaben aufgebürdet – die Gewerkschaft war gezwungen, die selbst gesteckten Grenzen gesellschaftlicher Aufgaben zu überschreiten. Die Partei, durch Auszehrung ihrer Mitglieder entleert und auf Konservative und Reaktionäre reduziert, beachtete, die Bewegung und ihre Organisation provokativ zurückzuwerfen. Ein Begehren, das auf blutigen Bürgerkrieg und eine sowjetische Intervention speulierte.
4. Der nunmehr herrschende 'Militärrat der nationalen Errettung' unter General Jaruzelski behauptet, mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes einer solchen Entwicklung zuvorgekommen zu sein. Er behauptet weiterhin, sich nicht gegen Solidarność an sich und gegen die Errungenschaften der Bewegung zu richten, sondern sie nur suspendieren zu wollen. Die Repressalien richteten sich gegen 'Radikale' und – in sehr symbolischer Weise – gegen abgehalfterte Parteigrößen der Vergangenheit. Tatsächlich ist die polnische Armee nicht mit der Partei gleichzusetzen. Sie ist in einem beschränkten Maße eine nationale Institution, die sich über eine erklärte Loyalität zur Partei als Machtfaktor schrittweise herausbildete. Damit wird zum erstenmal in einem Land des 'realen Sozialismus' eine bonapartistische Lösung versucht: Die Partei gibt die Macht ab und dem Militär in die Hand.
5. 'Noch ist Polen nicht verloren' – die Militärs werden anders handeln müssen als es in Jaruzelskis Rede anklang. Gerade weil die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei eine Torso ohne Macht, Kompetenz und Autorität ist, kann ein Versuch, die unmittelbaren, drängenden Probleme zu lösen, nicht auf sie bauen. Solidarność kann in der Realität nicht als der behandelt werden, als der sie hingestellt wird – als Hauptverantwortlicher der Krise. Ohne die Arbeiter – und das heißt heute in Polen auch unwiderruflich: ohne Solidarność – kann die beabsichtigte 'nationale Verständigung' nicht erreicht werden. Wenn über alle Gegensätze hinweg der Wille noch stark genug ist, Blutvergießen und den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes zu verhindern, dann kommt auch die militärische Staatsmacht in Polen nicht an der 'Erneuerung' vorbei. Mit dem Begriff der 'Erneuerung' meinen die Polen grundlegende Veränderungen im Unterschied zu den immer 'von neuem' vollzogenen personellen und kosmetischen Veränderungen des Staatsapparates. Dieser Prozeß der 'Erneuerung' läßt sich nicht mehr vollkommen revidieren.
6. Die Bewegung in Polen hat gezeigt, daß eine Veränderung gesellschaftlicher und politischer Strukturen auch im Rahmen der Blöcke angestrebt werden kann. Die Herrschenden in Ost und West haben auch den Beweis geliefert, daß sie ihre gemeinsamen Interessen in Krisensituationen zu wahren wissen. Schmidt und Honnecker waren sich einig darüber, daß die Polen ihre Angelegenheiten selbst regeln sollen. Beide deutsche Staaten sind in ihren jeweiligen Lagern Vorbilder der geforderten Bündnistreue. In beiden herrscht eine Politik vor, die Entspannung nur in jener starren und eingespielten Koexistenz der Blöcke zu realisieren trachtet. In keinem Land der Bündnisse darf es soziale und politische Veränderungen geben, die eine Auflockerung oder gar Veränderung des status quo nach sich ziehen könnten. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik steht vor der Aufgabe, diese Art von Spannungspolitik zu überwinden. Die polnische Entwicklung beweist keineswegs, daß die Festigkeit der Bündnisse und womöglich die Rückkehr zur Militärstrategie der totalen Abschreckung die Voraussetzung für Frieden sind. Die Friedensbewegung muß sich aber auch deutlich gegen jene wenden, die sich nun – wie Franz-Josef Strauß – als Freunde der Arbeiterklasse und emanzipatorischer Bewegungen ausgeben. Die im Lager des 'realen Sozialismus' aufbrechenden sozialen und politischen Widersprüche sind ihnen dabei ebenso willkommen wie die Interessen der Menschen dort gleichgültig. Die alte 'Roll-back-Strategie' darf nicht die Alternative zur Entspannungspolitik der sozialliberalen Regierung sein! Die Perspektive der Veränderung der Bündnissysteme, atomwaffenfreie Zonen und nicht zuletzt militärisches Disengagement in Mitteleuropa können auch mithelfen, solchen Bewegungen Raum zu geben, die in Osteuropa – aber auch im Westen – soziale und politische Emanzipation anstreben. Auch und gerade dieser Zusammenhang ist gemeint, wenn wir sagen:

SOLIDARITÄT MIT SOLIDARNOŚĆ!

SCHWEIZ

**Interview mit Armand Magnin,
Generalsekretär der Partei der Arbeit der Schweiz**

Aus den polnischen Ereignissen lernen!

Der Generalsekretär der Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS), Genosse Armand Magnin, hat in Gesprächen mit Zeitungen (unter anderen der «Basler Zeitung») und in der Tagesschau des Deutschschweizer Fernsehens zu Fragen Stellung genommen, die durch die Ereignisse in Polen aufgeworfen wurden. Für die Presse der PdAS beantwortete er die folgenden Fragen:

Wie beurteilt die PdAS die Ausrufung des Ausnahmezustandes in Polen? Wäre es möglich gewesen, dies zu verhindern?

A.M.: Ich möchte zuerst unterstreichen, dass die PdAS seit dem August 1980 den demokratischen Erneuerungsprozess in Polen unterstützt hat. Zur Ausrufung des Ausnahmezustandes hat die PdAS ihrer Beunruhigung Ausdruck gegeben. Sie ist der Meinung, wenn Polen über die notwendigen institutionellen demokratischen Mittel verfügt hätte, es wahrscheinlich möglich gewesen wäre, eine solche Situation zu vermeiden.

Die PdAS hat erklärt, dass nur die raschestmögliche Wiederherstellung der Freiheiten und der demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte sowie die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den repräsentativen Kräften der polnischen Gesellschaft erlauben wird, die Krise zu überwinden.

Die PdAS ist im weiteren der Auffassung, dass die Entwicklung des demokratischen Prozesses in Polen durch die internationale Spannung, die Rückkehr zur friedlichen Koexistenz begünstigt werden kann.

War der Erneuerungsprozess in Polen notwendig?

A.M.: Die Ereignisse haben in undiskutabler Weise die Unzufriedenheit des polnischen Volkes und das Scheitern der Organisationen, die seine Interessen hätten verteidigen sollen wie die traditionellen gewerkschaftlichen Organisationen, gezeigt und offensichtlich den

Beweis erbracht, dass demokratische Reformen unumgänglich geworden waren. Der von «Solidarität» errungene Erfolg hat andererseits eben die Notwendigkeit von gewerkschaftlichen Organisationen gezeigt, die von Partei und Staat unabhängig sind.

Das sind Probleme aller Staaten des sogenannten realen Sozialismus, in denen gegenwärtig zwischen den Strukturen und dem Erfordernis einer verstärkten Beteiligung der Bürger auf allen Ebenen ein Widerspruch besteht. Man denkt dabei natürlich an Formen der Selbstverwaltung. Reformen in dieser Richtung, sind unvermeidlich. Sicher ist die Selbstverwaltung kein Wundermittel, aber ohne die direkte Beteiligung der Arbeitenden auf allen Entscheidungsebenen kann die sozialistische Demokratie nicht vertieft werden.

Diese notwendige Entwicklung wurde in Polen leider durch die konservativen Kräfte innerhalb der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei gebremst, und er wurde durch antisozialistische Elemente zweckentfremdet, die innerhalb von «Solidarität» sich nicht mehr auf die Rolle beschränken wollten, die sich diese Organisation ursprünglich selbst zugedacht hatte, sondern im Verlaufe der Monate die Forderungen verschärften und schliesslich die Frage der sozialistischen Macht stellten, deren Infragestellung nicht unbedingt dem Willen, sicher aber nicht den Interessen der polnischen Arbeitenden entsprach.

Sieht die PdAS zwischen den polnischen Ereignissen und dem Entspannungsprozess in Europa eine Beziehung?

A.M.: Es ist sicher, dass die Verschärfung der internationalen Lage, die Rückkehr zu einer Periode des kalten Krieges, die Agressivität der USA gegenüber der Sowjetunion jeden Demokratisierungsprozess in den sozialistischen Ländern erschwert. Deshalb sind der Kampf für die Abrüstung, die Rückkehr zur friedlichen Koexistenz, die An-



Armand Magnin

strengungen für die Überwindung der Militärblocke und zugunsten des Friedens wesentlich. Nur die Wiederherstellung eines solchen Klimas wird, in allen Teilen der Welt übrigens, erlauben, dass die Völker frei und ohne irgendeine Einmischung die von ihnen gewünschte wirtschaftliche, soziale und politische Form wählen können.

Kann die PdAS aus den polnischen Ereignissen lernen?

A.M.: Solche Ereignisse stellen unserer Partei zahlreiche Fragen. Sie verlangen unsererseits eine vertiefte Analyse der ihnen zugrundeliegenden Ursachen. In dieser Hinsicht verfolgt die PdAS mit Interesse alle Anstrengungen, die gemacht werden, um diese Lage besser zu verstehen, damit für den Kampf in der Schweiz nützliche Lehren gezogen werden können.

Ausgehend von ihrer eigenen Analyse, von der wirtschaftlichen und sozialen Lage in unserem Land und von unseren demokratischen Traditionen will die PdAS, wie sie dies seit ihrer Gründung tut, mit allen andern schweizerischen fortschrittlichen Kräften Lösungen suchen, die den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft in der Schweiz öffnen.

Die Gesellschaft der Angst

Das folgende Essay von Milan Simecka, das wir ohne Kenntnis des Autors veröffentlichen /Zwischentitel von der Redaktion/, zirkuliert in der Tschechoslowakei in broschiierten Schreibmaschinenexemplaren. Wie aus seinem Schlußteil hervorgeht, war es als Beitrag zu einer Diskussion gedacht, die das von Ludvik Vaculik im Dezember 1978 geschriebene Feuilleton "Anmerkungen über die Tapferkeit" entfacht hatte. Der ehemalige Hochschuldozent Simecka lebt in Bratislava; die LISTY-Leser kennen ihn aufgrund einer Reihe von Feuilletons, vor allem aber wegen seines ausgezeichneten Buches *Obnoveni poradku* (Die Erneuerung der Ordnung), das der Kölner Verlag Index im Jahr 1979 herausbrachte und inzwischen auch in französischer Sprache erschienen ist.

Angst ist keine Schande

Es war bereits Abend und ich schrieb Briefe. Da fehlte mir auf einmal eine kleine Information. So zog ich mich also widerwillig an, um bei einem Freund Auskunft zu holen. Es war unfreundlich, die Straßen waren leergefegt, niemand ging hinter mir her. Also konnte ich beruhigt klingeln. Aus dem Fenster schaute die Frau meines Freundes, winkte mir fröhlich zu und sie würde gleich öffnen. Doch irgendwie brauchte sie sehr lange. Als sie dann kam, erklärte sie mir mit rotem Gesicht, ihr Mann sei krank, müsse im Bett liegen und habe angst, ich könnte mich anstecken und Grippe bekommen. Und sie würde mich ganz bestimmt nach seiner Genesung anrufen. Ich verabschiedete mich herzlich und ging durch den unfreundlichen Abend wieder nach Hause.

Ich wählte trotzdem einen Umweg und dachte darüber nach, was für ein Idiot ich eigentlich sei, indem ich mir ständig einredete, diese Gesellschaft der Angst, in der wir hier leben, gänzlich zu durchschauen und dennoch nach veralteten literarischen Vorstellungen handle. Ich hätte doch wissen müssen, daß mein Freund, einer, der früher nicht zu den Oberflächlichen gehörte, ein Kulturschaffender ist, wie man es bei uns mit Vorliebe nennt, einer, der so weit oben steht, daß die Zeitung seine Beiträge veröffentlicht. Und in genau dieser Zeitung war kürzlich erst zu lesen, ich hätte mich auf die Bahn des Antikommunismus geworfen, ich sei eine elende Larve, ein Verleumder. Selbstverständlich rief mich mein Freund nicht mehr an, doch ich konnte der Zeitung entnehmen, daß er am Tag nach meinem Besuch mit einer Kulturdelegation in ein sehr angenehmes westliches Land abgereist war.

Wir alle wissen, daß wir hier, in der Tschechoslowakei, unsere kleine mitteleuropäische Gesellschaft der Angst bilden. Wir verheimlichen es nicht, ja, wir schämen uns noch nicht einmal darüber. Auf den Sitzungen hatte man uns seit eh und jeh verkündet: Genossen, diskutiert, habt keine Angst! Die Männer erheben die Arme und sagen: ich habe zwei Kinder! Andere sagen: und wer gibt mir dann etwas? Oder: es lohnt sich nicht. Vielleicht auch: ich will endlich meine Ruhe haben. Verstehst du,

ich habe noch zwei Jahre bis zu meiner Rente. Das ist deren Sache. Nicht die richtige Zeit dazu. Sieh dich doch mal um: alle pfeifen auf alles, weshalb sollte ausgerechnet ich meine Finger irgendwo hineinstecken? Ich habe keine Nerven für so etwas. Ich habe schon genug mitgemacht. Denk bloß nicht, daß einer auch nur einen Finger für dich krumm macht. Läßt du sie in Ruhe, dann lassen sie dich auch in Ruhe. So war es doch seit eh und jeh, anderswo ist es auch nicht besser.

Leise und ohne Aufheben wurde der staatsbürgerliche Grundsatz akzeptiert, daß Angst haben keine Schande sei. Staatsbürgerliche Unbequemlichkeit ist ein Luxus, den wir uns nicht leisten können, ein Narrenprivileg. Im realen Sozialismus lebt sichs am besten in der wärmenden Masse, es ist unvernünftig, sich an den Rand vorzuwagen, wo man gesehen wird. Ein erfolgreiches Verhaltensmodell: einfach, leicht erlernbar und obendrein der menschlichen Natur entsprechend. Und in der Tschechoslowakei kommt noch hinzu, daß die Leute genügend Zeit hatten, um in einer Gesellschaft der Angst leben zu lernen und Haltungen zu entwickeln, die der historischen Erfahrung entsprechen, daß zu ihren Lebzeiten die Wahrheit normalerweise nicht siegt.

Die Angst vor der Ohnmacht der Bildung

Wenn ich mit einem ehemaligen Studenten rede, der drei Jahre im Gefängnis saß und mit einem anderen, der noch auf seinen Prozeß wartet, dann werde ich mir der Tatsache bewußt, daß wir hier drei Generationen haben, die durch die Erfahrung der Angst hindurchgegangen sind. Die Generation unserer Väter, unsere Generation und dann die der jungen Leute, die unsere Söhne sein könnten.

Als ich jung war, schleppte die Generation unserer Väter Masaryks Bücher in den Keller und versteckte sie hinter den Einmachgläsern. Ich lachte, geblendet durch die Lektüre von Marx und dem Kollektivismus der Blauhemden. Ich sagte mir: wie lächerlich sie sind! Sie handeln nach alten Stereotypen und können nicht begreifen, daß dieser definitive Sieg des Volkes die Tür zur Freiheit für alle öffnet. Hätten sie Marx gelesen, so wüßten sie, daß die mittel-

alterliche Vorstellung, Bücher seien gefährlich, mit seiner Lehre unvereinbar ist. Die Diktatur des Proletariats wird sich dem gesamten kulturellen Erbe gegenüber aufgeschlossen zeigen, sie wird aufmerksam und unvoreingenommen die gesamte geistige Produktion der vergangenen Jahrhunderte erforschen und alles, was wertvoll ist, zum Aufbau einer neuen Gesellschaft benutzen. Und um meine Überzeugung wenigstens im Familienkreis zu demonstrieren, stellte ich die von meinem Vater geerbten Bücher ganz offen in mein Regal: Mehrings Karl-Marx-Biographie, Die Weltrevolution von Thomas G. Masaryk, Trozki's Verfälschte Revolution. Wären die staatlichen Büchersammler schon damals zu mir gekommen, so hätten sie mich gleich zu Anfang an von meiner Naivität geheilt.

Jetzt gehöre ich schon seit Jahren zu denen, die Bücher verstecken. Ich habe angst um sie. Doch die Schnüffler finden auch so immer etwas. Sie besitzen zwar nur die amtliche Erlaubnis, "Charta-Schriftstücke" zu suchen, aber sie nehmen einfach alles. Finden sie etwa Skillings umfangreiches Werk *The Interrupted Revolution*, so werfen sie es gleich auf ihren Scheiterhaufen. Ich sage ihnen, das sei ein Geschichtsbuch, ein Buch darüber, was war, Wissenschaft. Doch sie sagen nur, so eine Wissenschaft sei feindlich. Oder sie finden Ebans Buch "Das ist mein Volk" und werfen es ebenfalls sofort auf den Haufen. Ich sage, das ist doch nur Geschichte. Doch sie antworten, es sei dasselbe, wie mein Kampf. Und sie sagen es mit einer solchen Sicherheit, als hätten sie dieses Buch gelesen. Ich selbst hatte es nur bis zu der Stelle gelesen, wo Josef in Ägypten ausgepeitscht wurde. Und dann schweige ich lieber, denn ich habe angst vor Menschen, denen die Zusammenhänge der menschlichen Zivilisation, der Lauf der Geschichte verborgen geblieben sind, die nur in ihrer Zeit leben, in der Überzeugung, daß die Welt mit ihrer Existenz begann und mit ihrem Ende auch ihr Ende finden wird. Das ist eine meiner Ängste, die wahrscheinlich sehr viele mit mir teilen. Es ist die Angst vor der Ohnmacht der Bildung, die Angst vor der Ohnmacht des Geistes und vor der Unbelehrbarkeit der Menschen. Doch das ist nur eine der Ängste.

Eine Wüste politischer Apathie

Wir wissen selbstverständlich, daß wir mit unserer Angst nicht allein und auch nicht das einzige Land der Angst sind.

Es ist eine Angst, die aus der Wehrlosigkeit des Menschen gegenüber einer sozialen Organisation resultiert, gegenüber einer totalen praktischen Macht, akkumuliert auf einem anonymen Gipfel, von dem aus sie alle niedrigeren Schichten der Gesellschaftsstruktur durchleuchtet. Eine genaue Beschreibung dieses Verwaltungsmechanismus unserer Gesellschaft ist überflüssig, es geht um nichts neues. Doch es ist sinnvoll, anzumerken, daß sich diese soziale Organisation aus einer praktischen Notwendigkeit heraus gebildet hat, aus der allmählichen

Vervollkommnung eines gegen permanente Desintegrationsdrohungen gerichteten Kampfes, eine Organisation, die mit den theoretischen Grundlagen des Sozialismus und Kommunismus nichts gemein hat, eher im Gegenteil, sie ist die Negation der kommunistischen Vorstellungen vom Absterben des Staates, auf die die Bewegung noch vor der Oktoberrevolution eingeschworen war.

Diese Abwehr der Desintegrationstendenzen wurde einerseits durch die "Verteidigung der Staatsgrenzen" vervollkommenet. Zunächst handelte es sich nur um einfache Stacheldrahtzäune. Nach jeder Flucht, nach jeder einfallreichen Aktion eines Flüchtlings wurde etwas neues erfunden, eine ganze Serie von "Verbesserungen". Kürzlich registrierte ich anlässlich einer Eisenbahnfahrt, daß sich längs des Zaunes spanische Reiter befanden. Offenbar eine Reaktion auf Aktionen derjenigen jungen Leute, die sich in einen Tatra-LKW setzten, den Gashebel durchtraten und ohne Rücksicht auf Verluste durchbrachen. Es sieht fast so aus, als sei das Ganze ein Spiel, doch es ist ein Spiel mit der Menschenwürde.

Der Staat verfuhr in seiner politischen Verteidigung gleichermaßen. Er vervollkommnete seine Einschüchterungsmechanismen aller Art je nach augenblicklichem Bedarf. Ein wirksamer Ausgangspunkt für Einschüchterungen war die fallweise blutige Abrechnung mit der Opposition oder wenigstens mit der potentiellen Opposition. Auf dieser Basis verbreitete sich die Furcht vor jedweder Äußerung von Nichtübereinstimmung mit dem Vorgehen des Machtzentrums. Die Erfahrung zeigte, daß auch eine Nichtübereinstimmung, der später Satisfaktion zuteil wurde, negative Folgen haben mußte. Es geschah schon oft, daß verfolgte Gedanken Bestandteil der kanonisierten Linie wurden, daß man aber deren Träger jedoch nicht einmal posthum rehabilitierte.

Aus diesen Gründen sind die Tschechoslowakei und die anderen sozialistischen Länder Wüsten politischer Apathie. Die sogenannte politische Aktivität ist nur rein formale Handlung apathischer Bürger, Teilnahme an politischen Ritualen, die der reale Sozialismus für sich herausgebildet hat. Eine öffentliche politische Diskussion ist undenkbar, die Suche nach Alternativlösungen wird nicht zugelassen.

Abtöten des Denkens

Angst paralyisiert auch das Wirtschaftsleben, weil es auf dieselbe Weise gesteuert wird, wie das politische Leben. Fähigkeiten, Qualifikation und gute Leistungen werden nur in Verbindung mit politischer Loyalität honoriert, die aber ihrerseits ohne jedwede sonstige Fähigkeiten, Qualifikationen und gute Leistungen vergütet wird. Politische Illoyalität wird also ohne Rücksicht auf objektive verdienstvolle Arbeitsleistungen bestraft. Und so gehen politische und Arbeitsapathie Hand in Hand nebeneinander einher. Sogenannte Arbeitsinitiativen entspringen dem formalen Grund des

“sozialistischen Wettbewerbes”, der im Laufe von Jahrzehnten zum leeren Bestandteil des politischen Rituals wurde. Apathie und Angst führen zum systematischen Absinken der volkswirtschaftlichen Leistung, besonders in der Sphäre von Effektivität, Qualität und technischer Weiterentwicklung.

Die Angst erfaßt auch die leitenden Fraktionen des Wirtschaftsapparates und tötet Denken und Initiative um so wirkungsvoller ab, als die Vorstellung, von einer hohen Position ins Nichts zu fallen, eine kaum zu überbietende abschreckende Wirkung hat. Der ökonomische Leitungsapparat ist sich in seiner Mehrheit der Ungeheuerlichkeiten bewußt, die ein direktives System impliziert, aber er ist sich noch mehr darüber im klaren, daß jedewede Initiative, die den Rahmen des Systems überschreitet, extrem gefährlich ist. Die Angst vor den Folgen erstickt jede prinzipielle Überlegung bereits im Keim und so hat der Wirtschaftsapparat keinen anderen Ausgangspunkt als den, die sinkende Effektivität durch gesteigerte Direktivität aufzufangen, es geht also um einen Übergang zu einer Art militärbürokratischen Steuerungssystem durch Einschüchterungen, Drohungen, Strafen usw.

Dieser allgemeinen Angst entgehen nicht einmal die Arbeiter, die ansonsten im Rahmen ihres Standortes innerhalb des Systems unverwundbar sind, da sie ja nicht fürchten müssen, auf eine niedrigere Stufe der sozialen Hierarchie absinken zu können /die Schaufel wird mir niemand nehmen/. Doch auch sie werden zu höheren Leistungen getrieben, vor allem zu Überstunden, aus Furcht, auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze versetzt zu werden, aus Furcht vor einer ganzen Reihe von Unannehmlichkeiten, die ihnen der Wirtschaftsapparat bereiten kann.

Am meisten eingeschüchtert sind jedoch diejenigen, die nicht in der Produktionssphäre und auf privilegierten Positionen tätig sind, in Wissenschaft, Kultur, Schulwesen, in der Forschung, in den verschiedenen Verwaltungsbereichen. Hier ist permanente Unsicherheit ständiger Begleiter der Arbeit, das Gefühl, nur durch die Gnade des Staates zu existieren. Jeder von diesen Menschen weiß nur zu gut, daß der Staat ohne weiteres auf nichtloyale Intelligenz verzichten kann und daß nichts geschieht, wenn er auf tausende und abertausende von Gebildeten verzichtet, da sie oftmals ohnehin nur als Systemdekoration funktionieren.

Wenn ein Mensch jahrelang inmitten dieser Angst lebt und ihren Geruch einatmet, so verändert ihn das. Und die Angst verändert nicht nur den Einzelmenschen, sie erzeugt ein bestimmtes Klima, das wiederum praktisch auf alle einwirkt. Die Nation verändert sich – in Richtung auf Bequemlichkeit, Gleichgültigkeit, Minderwertigkeitsgefühle, sie bewirkt ein Gefühl des Klein – und ohne Bedeutung – Seins. Es verändert sich gleichermaßen das kollektive Denken – es entfernt sich von den rationalen Wurzeln, die in seiner europäischen Tradition liegen, und wendet sich irrationalen Mythen,

exaltierten Glaubensvorstellungen und Utopien zu. Ich höre, wie sich einfache Leute über sybillinische Prophezeiungen unterhalten, über Geheimwaffen, über Weltkriege, über Konspirationen geheimer Mächte – in der tiefen Überzeugung, daß alles, was geschieht und noch geschehen wird, außerhalb ihres Einflußbereiches und überhaupt außerhalb der menschlichen Möglichkeiten und des menschlichen Willens liegt. Unter den Gebildeten dominieren Skepsis und Resignation über jede Art von Verantwortung für das Schicksal ihres Volkes. Das geschriebene und das gesprochene Wort der offiziellen Propaganda vom Volk als seines eigenen Schicksals Schmied fällt wie ein Stein auf Sand.

Nur selten finden sich naive und ehrliche Leute, überzeugt, daß das System das beste der Welt sei, daß es keine Reform benötige und nur die Menschen böse seien und eine Reformation bräuchten. Diese Ehrbaren schmieden in den Vorzimmern der Angst allerhand Ungereimtheiten zusammen, sie kämpfen in Briefen und Feuilletons mit moralischem Pathos gegen die Korruption im Dienstleistungsbereich, im Gesundheitswesen und in den Wohnungsbaugesellschaften, doch sie würden vor Angst sterben, wenn sie über die Villa eines hohen Funktionärs schreiben sollten, die mit dem “eingesparten” Baumaterial eines von der Regierung kontrollierten und errichteten Objekts errichtet wurde. Sie erlauben sich noch nicht einmal den Gedanken daran, daß diese ganze, weitreichende Bestechung im Grunde nur durch das Monopol der Macht ermöglicht wird, durch die Nichtexistenz der öffentlichen Meinung, durch das Fehlen einer von der Zentralmacht unabhängigen Kontrolle.

Das von der Angst verkrüppelte Denken versteigt sich zu Paradoxen, die es selbst heranzüchtet hat und deren Anblick mehr als traurig ist. Im besten Fall wird es zu dem offiziell tolerierten Kritizismus, der die Substanz der Sache umgeht: das System ist ohne Fehler, die Erlässe der Parteiorgane sind ohne Fehler, diese Organe leiten das ganze Leben ohne Fehler und Irrtümer. Letztere liegen nur an den Menschen unten, in den Fabriken und auf den Feldern, an den Schreibtischen und den Maschinen, die nicht so arbeiten, wie es ihnen die Erlässe vorschreiben, die auf Qualität und Effektivität nicht bedacht sind, die Material und Energie verschleudern, die unfähig sind, das wichtigste zu erkennen, die noch dem alten Denken und den alten Verhaltensmustern verhaftet sind, die ihre Mitmenschen nicht achten, selbstsüchtig sind, trinken und Bestechungsgelder annehmen, nur an sich und nicht an die Gesellschaft denken, sich im Sozialismus an fremden Konsumidealen orientieren, Bürokraten und unfähig zum Denken, also unqualifiziert seien usw.

Dieses ehrliche, aufrechte und wohlgemeinte kritische Denken, wie man es bei uns nennt, illustriert in Zeitungen, in beliebten Fernsehserien, in Rundfunkkommentaren und in

Politikerreden die altbekannte Brechtsche Ironie, daß die Regierung gut sei, daß man nur das Volk auswechseln müsse.

Ein schlimmerer Aspekt des verkrüppelten Denkens besteht im zynischen Bewußtsein um die prinzipiellen Ursachen aller Angelegenheiten, und in der ebenso grundsätzlichen Weigerung, aus diesem Bewußtsein die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Dieses Bewußtsein ist durchaus nicht selten auch auf den höheren staatlichen Leitungsebenen anzutreffen, doch auch hier wird es von der Angst in den notwendigen Grenzen gehalten. Die Realpolitik erlaubt Zynismus in den eigenen Reihen, das Volk erfährt über geheime Kanäle gelegentlich etwas von treffenden Bemerkungen, die Nummer Eins und Nummer Fünf, Nummer Vier und Nummer Sieben austauschten. Doch nach außen hin hüllt sich dieses zynische Bewußtsein in die Majestät unerschütterlicher Sicherheit und unumstößlicher Richtigkeit unseres Weges. Man braucht nur an die Folgen eines Handelns zu denken, das in Übereinstimmung mit diesem Bewußtsein vollzogen würde. Nur ein Verrückter würde aus einem Zug springen, der so eben noch fahrtüchtig ist, besonders dann, wenn der Erster-Klasse-Wagen angenehm geheizt und in der Küche immer noch etwas vorhanden ist. Auch hierher dringt der Geruch der Angst, einer Angst, die allerdings auf höherer Ebene angesiedelt ist.

Der stille Kampf

Die Gesellschaft der Angst ist modern, besitzt Autos, Fernsehen, Radio, Wohlstandssorgen, Energiekrise, ja, sogar – zumindest in verschleiierter Form – die Probleme, mit denen die Welt zu kämpfen hat. Spanien hat sich verändert, Portugal hat sich verändert, der Ehrendoktor der Karlsuniversität Reza Pahlavi mußte sein Land verlassen. Der Club of Rome verkündet neue Warnsprüche, in Pennsylvania kam es zu einem Kernkraftwerk-



störfall. Unsere Gesellschaft ist freilich nur modern, was die uns umgebenden Objekte anbetrifft, sie ist, genau wie vorgeschichtliche Zeiten, durch das Werkzeug, mit dem wir arbeiten, definiert. In ihrer Angst ist es eine nichtmoderne Gesellschaft, bewußt oder unbewußt mit den dunkelsten Aspekten der Vergangenheit verbunden.

Die Gesellschaft der Angst hat selbstverständlich ihre Risse. Es existiert keine so totale Kontrolle, als daß sich nicht doch Freiräume finden ließen. Bei aller Vollkommenheit, zu der der Einschüchterungsmechanismus gelangt ist – er ist wiederum nicht so vollkommen, als daß er alle erfassen könnte. Es finden sich immer wieder Leute, die ihren privaten Kampf mit der Angst auf tausenderlei Arten durchfechten.

Ins Bewußtsein unserer Öffentlichkeit sind Namen von hochqualifizierten Persönlichkeiten, die schon früher über beträchtliche Autorität im Bereich von Kunst und Wissenschaft verfügten, vorgedrungen, aber auch Namen von einfachen Leuten, die sich von der allgemein üblichen Zustimmung freimachen konnten. Einer Zustimmung, die sich die Stalinära in Osteuropa erzwungen hatte, auf der die Fortsetzer derselben ebenso bestehen. Diese Leute sind nicht durch gemeinsame Ansichten verbunden, sie fühlten sich nur gezwungen, gemeinsam frei zu denken. Was sie verband, war vor allem ihr Mut.

Nach dem 21. August 1968 sah ich Menschenmassen in den Straßen, die sich den Panzern entgegenstellten, ich sah, daß viele jede Art von Furcht verloren hatten, so, als sei die Angst etwas, das man vergessen hätte. Doch die Situation war eine völlig andere, Mut war zum Allgemeinut geworden, fand Solidarität und Billigung der Mehrheit, man bewunderte und applaudierte dem Heldentum. Ich muß immer wieder an die kleine Gruppe von sieben Menschen denken, die mit einem Kinderwagen und einem Kleinkind auf dem Roten Platz ein selbstgefertigtes Transparent entfaltete, um gegen jene unvorstellbare Kraft zu protestieren, die tausende von Flugzeugen, Panzern, Geschützen und Massen von verstörten, aber gehorsamen Soldaten in Marsch gesetzt hatte. Es lag genau die menschliche Situation vor, die den Menschen das Gewicht der Angst, den Zweifel am Sinn menschlichen Handelns überhaupt vermittelte.

In analogen, wenn auch nicht immer gleichermaßen dramatischen Situationen, kam es in der Tschechoslowakei zu bemerkenswerten Beispielen für die Überwindung von Angst. Vor und nach 1968. Sie waren zwar zahlreich und von unterschiedlicher Bedeutung, dennoch könnte man aus ihnen eine kontinuierliche Tendenz ableiten, eine Tendenz, die sich in dramatischer Weise in den ersten drei Wochen nach Jahresbeginn 1977 verstärkte. Damals war der Charta-Text veröffentlicht worden, seitdem gibt es eine Kontinuität vielfältiger Aktivitäten, auch wenn letztere nicht immer hochdramatisch verliefen. In den letzten sieben Jahren kam es faktisch zu zahlreichen Initiativen und einfalls-

reichen Aktionen; es entstand de facto eine Parallelkultur, unabhängig von der offiziellen Ideologie, es entstand ein geistiges Klima, pluralistisch zwar in seinen Ausgangspunkten, jedoch fraglos um eine humanistische, demokratische und sozialistische Alternative bemüht. Nicht zuletzt ist es in diesen letzten Jahren zu einer nichtformalen Solidarität von Menschen gekommen, die sich persönlich gar nicht kennen, eine Solidarität, die sogar über die Landesgrenzen hinausgeht.

Ich bin mir jedoch nicht völlig sicher, ob es in den Ländern mit demokratischen Institutionen und freier öffentlicher Meinung, die ganz offensichtliche Sympathien für unsere Aktivitäten hegen, überhaupt möglich ist, unsere menschliche Lage zu verstehen, die wiederum unsere Gedanken und Taten beeinflusst. Zwar traf ich mich schon mit Leuten, die unsere Situation durchaus begreifen, bei uns ankommen, sich mit uns freuen und mit uns leiden, um dann doch wieder in Länder zurückzufahren, die ihre eigenen Sorgen haben. Und doch – wir haben das Gefühl, als seien sie bei uns, in unserem Lande. Bei der Lektüre von z.T. monatlichen Zeitschriften, wie z.B. der Frankfurter Allgemeinen, der Zeit, Le Monde, der Times, des Spiegel, der Neuen Zürcher usw., die auf unbekanntem Wege hierher gelangen, oder aber beim Anhören von Nachrichtensendungen im Rundfunk, wo es um Reflexionen und Klassifikationen zum Thema "Dissidententum", "Kampf für die Menschenrechte" usw. geht, kommt es mir vor, als würde bereits durch diese Terminologie unsere konkrete Situation als Menschen auf eine andere Ebene transponiert – vielleicht geschieht das deshalb, um sich dem jeweiligen heimischen Publikum verständlich zu machen. Ich habe zum Beispiel noch nie gehört, daß sich ein Tschechoslowake selbst als Menschenrechtskämpfer definiert hätte, vielleicht unter anderem auch deshalb, weil es bei uns eine ganze Inflation von Kämpfern gegeben hat, hauptsächlich von Friedenskämpfern, Kämpfern für höhere Erträge, von Kämpfern für die Modernisierung, für eine bessere Umwelt, für die Verbreitung der Stachanov-Bewegung, und – vor allem in jüngster Zeit – von Kämpfern für Qualität, Effektivität und Energieeinsparung. Dieses Wort bleibt unserem Normalbürger im Halse stecken. Doch das ist bestimmt nur ein nebensächliches Detail.

Es wird wohl immer so sein, daß sich die Öffentlichkeit in erster Linie für die dramatischen Momente in solchen Bewegungen wie der unseren interessiert, also für mutige Proklamationen, Prozesse, Brutalitäten und mehr oder weniger lange Gefängnisstrafen. In diesen dramatischen Momenten zeigen sich Überwindung von Angst und persönlicher Mut in modellhafter Gestalt, sie werden zu menschlicher Tapferkeit, werden meß- und analysierbar in dem Sinne, wie ihn die europäische Literatur kultivierte, im Sinne einer seit dem Konstanzer Konzil zur tschechischen Geistesgeschichte gehörenden Tradition. Zahlreiche Tschechen inspirieren sich am Sartreschen oder Camus'schen Freiheitsbegriff, vie-

le von uns ringen mit den Fragen, die Brechts Galilei oder Hochhuths Stellvertreter aufwerfen, uns interessiert die gesamte Weltliteratur, sofern sie auf dem Prinzip Widerstand beruht.

Wir wären jedoch nicht im schönen Lande Böhmen, wenn nicht am Rande der selbst der todernstesten Reflexionen der Schatten der malerischen Figur des Braven Soldaten Schwejk hervorlugte. Schwejk der einer unaufhörlichen Serie von Widerlich- und Widerwärtigkeiten dadurch die Stirn bot, daß er seinen Peinigern stets von geradezu peinlicher Zuvorkommenheit war. Auch ich kenne einen Fall, wo man bei einer Hausdurchsuchung den Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes Kaffee mit den höflichen Worten anbot: "Trinken Sie doch bitte schön, Sie müssen ja schließlich todmüde sein, es ist schließlich keine leichte Arbeit, so einen Wust von Büchern durchzusehen. Schwejk ist zwar nur ein Schatten, tief im Unterbewußtsein verborgen, und in einer ernsthaften Diskussion wird man nicht mit seinen Sprüchen argumentieren, und dennoch, letztere tauchen bei jeder menschlich-unmenschlichen Lage auf, die tschechischen Intellektuellen rezitieren sie aus dem Gedächtnis, so wie die Zeugen Jehovas das Alte Testament. Wir sind eben in einem Land, in dem der Präsident einer 'realsozialistischen' Regierung öffentlich verkündet, der Brave Soldat Schwejk sei seine Lieblingslektüre.

Gibt es einen Ausweg?

... es gibt zahlreiche Wege, auf denen man der Gesellschaft der Angst entinnen kann. Doch nicht ein einziger ist universal, nicht ein einziger ist für alle begehbar. Es gibt einen Fluchtweg über die Grenze, doch der steht nicht allen offen. Denn es ist ein Weg, der den Seelen Wunden schlägt.

Der leichteste und am häufigsten gewählte Fluchtweg aus der Gesellschaft der Angst führt ins Privatleben, in die heile kleine Welt der Familie, der nächsten Freunde, der Kleingärten und Schreberhäuschen, in die Welt der vom Staat erlaubten und nicht allzu sehr kontrollierten Vereine. ... die absolute Mehrheit der Bürger verteidigt diese ihre Normalsphäre, weicht der Konfrontation mit Gedanken und Aktivitäten aus, die nur die Angst in ihnen wecken würden. Weicht man der Angst aus, so erniedrigt sie nicht mehr so sehr. In der Tschechoslowakei sind wir zu Spezialisten im Erfinden psychischer Schutzhüllen geworden ...

Der steinigste Weg ist der dritte, der Weg der Wahrheit. Es gibt kein Gesetz, das besagt, man müsse aus der Gesellschaft der Angst fliehen: man kann ihr auch die Stirn bieten. Das nimmt dem Menschen zwar nicht die Angst, doch seine Furcht, die Furcht der Empörung, hat er sich selbst gewählt. Sie ist die würdigere Alternative der menschlichen Existenz. Falls ein zeitloses Wertsystem für menschliche Verhaltensweisen existiert, das für alle Kulturen der Welt verbindlich ist, so gehört dazu eine Haltung, die Tapferkeit und Wahrheitsliebe zu ihrer Grundlage macht. Nur sie läßt uns weiterleben.

LATEINAMERIKA

Die Erfahrung in Polen könnte den lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen helfen, eigenständige Alternativen zu entwickeln

Berlin (taz) Die Entwicklungen in Polen liegen nicht nur im Kreuzungspunkt der Auseinandersetzungen zwischen Ost und West, sondern auch im Brennpunkt des vielleicht wichtigsten Themas der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts: der Auseinandersetzungen, nämlich zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Herrschaft und Volk, zwischen Macht und Mensch.

Daß diese Fragen aber auch den ideologischen Kern der Auseinandersetzungen zwischen Nord und Süd darstellen, ist bisher nur wenigen klar geworden - am allerwenigsten denen, die sich zu Recht als eine Avantgarde des revolutionären Prozesses in der Dritten Welt verstehen, wie den zurückhaltenden Kommentaren einiger weniger Repräsentanten der Befreiungsbewegungen in Lateinamerika und Afrika zum Militärputsch zu entnehmen ist (siehe taz vom 17.12.81). Die Zurückhaltung mag ihre Ursache vor allem in den strategischen Überlegungen der Revolutionsführer haben, die nicht allzu leichtfertig auf einen realen oder potentiellen Alliierten verzichten möchten, denn dieser verspricht ihnen

eine nicht zu unterschätzende Rücken- deckung in ihrem anti-imperialistischen Kampf gegen die westliche Supermacht. Die sandinistische Zeitung in Nicaragua, 'Barricada', berichtete am Tag nach dem Putsch in Polen gar mit der Tendenz, die Konterrevolution sei zerschlagen. Demgegenüber war zB über die polnischen Streiks im August 1980 nur wenig geschrieben worden. Die kubanische Nachrichtena- gentur 'Prensa Latina', die für viele Linke Lateinamerikas das Evangelium der Berichterstattung ist, hatte schon damals nur aus offiziellen polnischen Quellen zitiert. Demgegenüber hat z.B. die Unter- nehmerzeitung 'La Prensa', das Organ der bürgerlichen Opposition in Nicaragua, die Ereignisse in Polen hervorgehoben, um einmal mehr ihre Kritik gegenüber dem sozialistischen Modell Ausdruck zu verleihen.

Den lateinamerikanischen Linken sind die eigenen Vorstellungen vom Sozialismus wichtiger, als sich darum zu kümmern, was der Sozialismus in seiner konkreten Ausprägung in Osteuropa darstellt. Entscheidend ist die Tatsache, daß Kuba als das

erste Land, in dem eine Befreiungsorgani- sation an die Macht gekommen und geblie- ben ist, einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf eine ganze Generation von lateinamerikanischen Revolutionären aus- geübt hat.

Zur selben Zeit spielten Sozialdemokra- tien Westeuropas mit den von den USA unterstützten lateinamerikanischen Par- teien und Militärregimen an grünen Ti- schen internationaler Konferenzen Soft- ball. Ist dieses Kuba nun einmal vielleicht gerade aus diesem Grund in die wirtschaft- liche, politische und militärische Abhän- gigkeit der UdSSR geraten, und zwar schon in einer Zeit, als die meisten Westeu- ropäer dem "Berliner" Kennedy zujubeln.

Focus-Theorie und kubanisches Modell sind längst weiterentwickelt

Aber diese Orientierung am kubanischen Modell bedeutet nicht einfach, daß die lateinamerikanischen Befreiungsbewe- gungen, wie das der überwiegende Teil der



bürgerliche Teil der Presse in Westeuropa zu tun pflegt, einfach dem "Ostblock" zuzurechnen wären. Dies übersieht ihren Beitrag zur Entwicklung von praktischen Erfahrungen unabhängiger basisorientierter, nationaler sowie regionaler Bewegungen. Man kann sogar sagen, daß die lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen nach dem Scheitern der Focus-Theorie Ende der 60-iger Jahre (jene, aus dem kubanischen Beispiel abgeleitete Theorie derzufolge die revolutionäre Macht durch Aktionen von kleinen Guerilla-Trupps erreicht werden könnte) fast alle aus Massenorganisationen mit einer breiten politischen Basis hervorgegangen sind. Das trifft sowohl auf die "Montoneros" in Argentinien wie auch auf die salvadorianischen Volksorganisationen, auf die von Hugo Blanco gegründeten trotzkistischen Bauerngewerkschaften in Peru ebenso wie auf die kommunistische Bewegung der Minenarbeiter in Bolivien oder die revolutionären Selbstverwaltungsorganisationen in Mexiko zu. Wenn, wie bei den Sandinistas in Nicaragua, eine solche Massenbasis in organisierter Form zunächst nicht vorhanden war, mußte die Befreiungsbewegung sie schaffen, um sich in ihrem Kampf durchsetzen zu können.

Dabei tauchte im Verlauf der 70-er Jahre innerhalb der revolutionären Organisationen Lateinamerikas - scheinbar unberührt von der Entwicklung in West- und Osteuropa nach 1968 - die Frage nach dem Wert und Unwert einer zentral verwalteten, vertikalen Organisationsstruktur, also das Problem von Autonomie und Selbstverwaltung auf. Aber nicht im Rahmen von Kontroversen über Sozialismus, nicht als ideologische Auseinandersetzungen in irgendwelchen Studentenkneipen, sondern aus der Praxis des alltäglichen Kampfes mit Polizei und Militär, beim Organisieren von Landbesetzungen, von Streiks und unabhängigen Gewerkschaften, von "Hausbesetzungen" in den Elendsvierteln der immer stärker anwachsenden Großstädte Lateinamerikas. Ein breites Spektrum von kleineren und größeren lokalen oder später regionalen Organisationen bat andere um Unterstützung, um "Solidaridad". Angesichts der Übermacht des Gegners lernten die revolutionären Massenorganisationen, daß ein Zusammenschluß der Kräfte unbedingte Voraussetzung für das Überleben war und ist.

Aber welche Art von Zusammenschluß? An dieser Frage schieden sich die Geister. Einerseits gab es Versuche, die revolutionären Strömungen in der Bevölkerung in Form von politischen Parteien aufzufangen, die den sogenannten "relativen Freiraum" liberaler und pseudo-liberaler Regime ausnützen sollten. Dies geschah insbesondere während der Carter-Ära z.B. in Kolumbien, Mexiko, Venezuela, Ecuador, Bolivien, Peru und Brasilien. Einige dieser Versuche scheiterten an der Beeinflussbarkeit von solchen politischen Gebilden in diesen Freiräumen, andere - wie El Salvador oder Bolivien am brutalen Widerstand der alteingesessenen Militärs.

Dabei gelang es diesen Kräften der Repression und Reaktion bei ihrem Gegenschlag, vor allem jene Organisationen, Parteien und Bewegungen auszuschalten, die von ihrer Struktur her auf dem hierarchischen Prinzip einer vertikalen Vereinheitlichung aufgebaut waren. Die argentinischen Montoneros, die noch kurz zuvor Millionen Menschen in geschlossener Einheit zu mobilisieren fähig waren, konnten unter den Bedingungen des Untergrunds und der offenen Repression den Militärs genauso wenig etwa entgegensetzen, wie die linken Parteien in Chile nach dem Putsch Pinochets. Demgegenüber konnten die bolivianischen Bergarbeiter auch nach dem Militärputsch von 1980 ihre Organisationsform voll aufrecht erhalten. Die sozialistischen Parteien Guatemalas endeten im Massengrab, während die Jahrhunderte alten Indio-Gemeinden, die sich immer nur auf regionaler Ebene horizontal zusammengeschlossen hatten, heute den eigentlichen Kern der Volksbefreiung in diesem zentral-amerikanischen Land darstellen. Während die politischen Linksparteien nach 10 Jahren immer noch von der Gnade der allmächtigen Regierungspartei leben, konnten die Bauernbewegungen in Hidalgo, Chiapas und Michoacan ihre Organisationen hundert- und tausendfach stärken. Ihr Zusammenhalt ergibt sich aus einer nicht mehr an Kuba orientierten horizontalen Vereinheitlichung.

Mit der Machtergreifung wurde die Hierarchie verstärkt

Auch in Nicaragua, wo sich nach der Machtergreifung durch die Sandinistas das vertikale hierarchische Prinzip durchgesetzt hat, bildeten früher Guerillaeinheiten, die oft wochenlang im Norden des Landes von der Außenwelt abgeschnitten waren, die Basis für den Befreiungskampf. Wenn du am Lagerfeuer mit deinem Commandante sitzt, dann ist er kein Vorgesetzter, sondern ein Kamerad. „Jeder Commandante ist ein Kämpfer, jeder Kämpfer ein Commandante“ hieß es damals. Und die Septemberoffensive 1978 ebenso wie die Endoffensive orientierten sich in ihrer Strategie weitgehend am Aufstand der Indogemeinschaft in Monimbo im Februar 1978.

Damals war jeder Mitkämpfer gewohnt, den Staat als Feind zu sehen, sodaß wohl niemand sich vorstellen konnte, daß ein Staat so revolutionär sein könne, daß es keinen Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft geben würde. Auch heute hat sich an der Basis nichts an dieser Grundhaltung geändert, weder in Nicaragua, noch in Kuba noch anderswo im revolutionären Lateinamerika. Allerdings hoffen weite Kreise der Bevölkerung in Übereinstimmung mit ihrer Führung auf ein System von Freiheit und Gerechtigkeit, das sie mit "Sozialismus" identifizieren und dieses System ist den Geschichtsbüchern zufolge eben in der SU und in Kuba beheimatet. So wird Revolution mit Sozialismus -

sowjetischer oder kubanischer Prägung - gleichgesetzt. Dazu gehört aber auch, daß in der revolutionären Theorie nicht mehr die Differenzierungen gemacht werden sollen zwischen gesellschaftlichen Bereichen, den Basisorganisationen und Gewerkschaften einerseits und den Partei- und Staatsorganen andererseits, also zwischen Volk und Staat. Alles andere bedeutete einen Rückfall in die dunkle Geschichte jahrhundertelanger Ausbeutung.

Politische Bewegungen in Europa, die diese Vorstellungen problematisierten, wurden von den Befreiungsbewegungen leicht als „typisch europäisches“ Phänomen abgetan. Mit den Problemen der Dritten Welt hätten sie nichts zu tun - die Studentenbewegung von 1968 ebensowenig wie - trotz ihrer Solidaritäts-Aktionen - die derzeitige europäische Alternativbewegung. Aber in Polen sind auf Grund der historischen Wirklichkeit wieder einmal die Grundfragen nach dem Weg des Sozialismus zu stellen. Auch Lateinamerikaner müssten sie sich stellen - ohne gleich zu fürchten, sie fielen damit der Idee des Sozialismus in den Rücken. Diese Problemstellung, die Polen heute den revolutionären Organisationen Lateinamerikas aufzwingt, zwingt gleichzeitig zur politischen Selbstbesinnung auf der Grundlage der eigenen Erfahrung, wo diese doch so viel

gemeinsam hat mit Theorie und Wirklichkeit von Solidarność: die Basisbezogenheit, ihre Religiosität und ihre Verwurzelung in den traditionellen, autonomen Gesellschaftsformen. Diese Elemente brauchen auch in Lateinamerika die Befreiungsbewegungen jetzt nicht mehr als vorläufigen Schritt, als 'Unterentwicklung gegenüber dem wissenschaftlichen Sozialismus' entschuldigen zu müssen, sondern diese Elemente könnten als Richtlinien eines sozialistischen Denkens an der Schwelle des 21. Jahrhunderts verstanden werden. Die ökonomischen Ziele und Wege der polnischen Solidarność könnten, so verstanden, den lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen helfen, eigenständige Alternativen zum kubanischen oder sowjetischen Modell zu entwickeln.

Leo Gabriel, z. Zt. Berlin



AFRIKA

„Wer kümmert sich in Europa um die blutigen Diktaturen Afrikas?“

Reaktionen in Afrika auf den Militärputsch in Polen

Berlin, (taz). Der Kampf der Solidarność und die Errichtung der Militärdiktatur gegen die polnische Freiheitsbewegung fanden in Afrika nur geringe Aufmerksamkeit: Kaum einer Zeitung waren die polnischen Ereignisse ein Editorial wert, allenfalls Kurznachrichten aus dem Arsenal der internationalen Presseagenturen; keine Gewerkschaft, keine Bauernorganisation drückte Solidarität mit Solidarność aus. Auch im Rundfunk wenig Echo. In wenigen Fällen wurde eine gewisse Betroffenheit manifestiert, vor allem bei Parteien und Zeitungen, die der Sozialistischen Internationalen nahestehen (z.B. im Senegal). Wenn in den Neujahrsansprachen der Staatschefs außerafrikanische Probleme angesprochen wurden, so in erster Linie die Annexion der Golan-Höhen durch Israel und der Befreiungskampf der PLO, welche kürzlich vollen diplomatischen Status in der UdSSR erhielt.

Einzig die in Paris erscheinende Zeitschrift 'Jeune Afrique' hat sich bisher ausführlicher mit der Militärdiktatur in Polen auseinandergesetzt und Stellung bezogen. Sie berichtet über die Masseninternierungen, Folter und die Erschießung von Streikenden und stellte fest, daß einige Maßnahmen zur Atomisierung der polnischen Freiheitsbewegung - die Abschaltung des Telefons und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit - noch nicht einmal während der Besetzung durch die Nazis angewendet worden seien. Solidarność bleibe weiter die Inkarnation der polnischen Gesellschaft. Jaruzelski habe keine politische Perspektive. Indem er die Armee in den Augen der Bevölkerung diskreditiere und das Land durch den inneren Kriegszustand demoralisiere, bereite er eher die sowjetische Intervention vor, als daß er diese abwende.

Die halbherzigen Reaktionen der polnischen Kirchenfürsten, die ebensolchen des Westens, alles deute daraufhin, daß man im Namen des „geringeren Übels“ eine Formel der „nationalen Verständigung“ suche, deren Kern die Einvernahme des Gewerkschaftsführers Lech Walesa sei,

der nach Aussagen der Kirche „gar nicht interniert ist und zu Messe gehen“ könne. Marcel Péju kommentiert: „Die Völker, die sich die Freiheit erträumen, ohne sich viel um das Gleichgewicht der Blöcke zu kümmern, sind ein Dorn im Auge der Mächtigen... Polen, Chile, Afghanistan: das betrifft auch Afrika. Denn Freiheit läßt sich nicht geographisch zerteilen.“

Sophie Bessis von 'Jeune Afrique' sagt, daß - bei aller geographischen Entfernung - Ähnlichkeiten zwischen Polen und Afrika bestünden: Die Einparteiensysteme, die sich sozialistisch oder demokratisch nennen, das Verbot elementarer Freiheiten, die Fiktion nationaler Geschlossenheit... und nun auch in Polen die Armee, die an die Stelle der Partei(en) tritt. Bessis sieht Frieden als Friedhofsruhe, wo der Sicherung der jeweiligen Einflußzonen der Supermächte absolute Priorität eingeräumt werde: Der Westen garantiere der UdSSR Handlungsfreiheit in Polen, so wie die UdSSR den USA in Guatemala und in El Salvador.

'Jeune Afrique' übersieht allerdings, daß die kapitalistischen Staaten, trotz der Wirtschaftskrisen, in der 3. Welt wirtschaftlich mächtiger sind als je zuvor, fast ungeachtet politischer Unterschiede in den Staaten der 3. Welt. Ebenso unreflektiert bleibt, daß die Forderung nach bürgerlich-liberalen Freiheiten in Afrika - und nicht nur dort - ebenso kurz greift wie die kritisierten Erziehungsmethoden in marxistisch-leninistischer Tradition.

Sadio Lamine Sow stellt in seinem Beitrag die Frage, warum nun kümmern sich die Afrikaner so wenig um die polnische Freiheitsbewegung? Sow führt mehrere Gründe an: Afrika habe nur lockere Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts, zwischen beiden gäbe es nicht die Kette kolonialer Vergangenheit, die Afrika in all seinen Reaktionen noch immer prägt. Zudem sei die polnische Realität weit entfernt von der Normalität/Monströsität Afrikas: Hungertode, Bürgerkriege, Militärputsche als Alltäglichkeit und daher nicht son-

derlich aufregend für die Afrikaner. Die Bedeutung von Solidarność werde kaum begriffen, weil in Afrika keine wirklichen Gewerkschaften existierten, denn es gebe kaum Industrie und daher nur wenige Arbeiter. Der Hunger mache Afrika apathisch, ein Sprichwort in der Sahelzone laute: *Ein leerer Sack steht nicht aufrecht*. Doch wäre einzuwenden: Solch ein Sprichwort können nur die Bauern erfinden, die sich bis zuletzt wehren, wie unspektakulär auch immer.

Den „Afrikaner“ gibt es nicht

Auch verschleiert die geflissentliche Rede von „den“ Afrikanern, daß die große Mehrheit der Leute Afrikas sich zu Polen keine Gedanken machen können, weil sie nichts für sie Relevantes darüber erfahren, seien sie nun Analphabeten oder nicht. Die Frage nach den Reaktionen der Afrikaner/innen auf die Militärdiktatur gegen die polnische Arbeiterbewegung reduziert sich daher auf die nach der Haltung der Herrschenden, der oppositionellen Intellektuellen und der Kader der Befreiungsorganisationen. Wie unterschiedlich deren politische Positionen auch immer sein, gemeinsam ist ihnen der Blickwinkel von einem Kontinent aus, den Europa und die USA so fürchterlich zugerichtet haben, daß keiner heil an Leib und Seele blieb, und der noch zu wenig Zeit dazu hatte, sich zu erholen. Daher ihre offene oder versteckte Bitterkeit über die relativ große Anteilnahme, die die polnischen Ereignisse quer durch alle Trennungen in Europa und den USA wecken.

Sow verweist z.B. auf eine Anzeige in einer französischen Zeitung. Unter dem Motto: „Polen liegt nicht in Afrika, nicht in Zentralamerika, nicht in Südostasien“, fordert die Organisation „Mediziner ohne Grenzen“ zu Spenden für Solidarność auf. „Denn dieses Mal“, kommentiert der afrikanische Journalist, „handelt es sich um ein europäisches Land und die Weißen müssen untereinander helfen.“ Und das täten sie höchst

"Wir werden unseren Weg fortsetzen.

Und wenn es sein muß auch auf den Knien."

Lech Walesa

